

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Stübau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Faust & Co., Magdeburg, Gr. Münst. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungsbrettsliste Seite 104. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postung 2,25 M., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2 M., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 M. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inzeritob-gebühr: die regelmäßige Kolonzeitung 15 Pf., Inserate von außerhalb 25 Pf., im Restamt 10 Pf. Postfachkonto: Nr. 3258 Berlin. — Ermäßigter Rabatt kann bewirkt werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 148.

Magdeburg, Freitag den 27. Juni 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

Auch Rußland rüstet!

Die plötzliche Erhöhung der deutschen Friedenspräsenzstärke um 136 000 Mann ruft die Wirkungen hervor, die als selbstverständlich vorausgesehen und vorausgesagt wurden. Der Krampf des Weltfriedens hat alle Länder erfasst. Zur Stärkung der deutschen Wehrkraft sollte die Militärvorlage dienen. Wenn aber die Wirkungen nicht bloß in Deutschland und Oesterreich, sondern auch in Frankreich und Rußland zusammengefaßt werden, wird man finden, daß die Rechnung auf Null ausgeht, wenn nicht am Ende noch ein Fehlbetrag zuungunsten Deutschlands in Erscheinung tritt.

Die französische Regierung behält den zweiten Jahrgang für ein drittes Jahr unter den Fahnen und hofft, durch Durchführung des Dreijahrgesetzes die diesjährige Ausnahme zu ständiger Regel erheben zu können. Außerdem will die französische Regierung mit der größten Eile braune Truppen heranzubilden, um einen Teil der in Afrika stehenden Heereskräfte baldmöglichst nach der Heimat zurückberufen zu können.

Und nun kommt zu Frankreich sein Mitrieter, Rußland. Daß Rußland zur Beschleunigung der Mobilmachung neue strategische Bahnen bauen und zwei weitere Armeekorps an die deutsche Grenze schieben will, war schon bekannt. Weitere Maßnahmen wurden am letzten Dienstag vom Chef des Generalstabs in der Duna angekündigt. Das Militärressort hat eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, deren Inhalt folgendermaßen charakterisiert wird: bedeutende Verstärkung der russischen Wehrkraft, Formierung neuer Truppenteile der Infanterie, Kavallerie und anderer Waffengattungen, Vermehrung der Anzahl der Feldartilleriegeschütze.

Schon vor den französischen Gegenmaßnahmen hat der General aller Rüstungstreiber, Keim, versichert, daß sie die deutsche Militärvorlage mehr als aufwiegen. Nun kommen noch die russischen Rüstungen hinzu, von deren Größe wir vorläufig noch keine genauere Vorstellung besitzen. Rußland verfügt im Gegensatz zu Frankreich über ein schier unerschöpfliches Menschenmaterial, die Frage der Armeerweiterung ist nur eine Geldfrage, die bei der steten Hilfsbereitschaft der Freunde und Bundesgenossen nicht schwer zu lösen sein wird.

Wie auf Verabredung erfolgt die Ankündigung der russischen Heeresvorlage noch vor Erledigung des deutschen Gesetzes in der dritten Lesung. In der zweiten Lesung sind drei Kavallerieregimenter gestrichen worden, für die dritte ist ihre Wiederherstellung von Konservativen und Nationalliberalen beantragt. Diese werden sich die russischen Ankündigungen zum Zwecke kräftiger Stimmungsmache sicher nicht entgehen lassen, und wenn Heeringen zum Schluß noch seine sechs Kavallerieregimenter bewilligt erhält, wird er sich dafür nicht nur beim Zentrum, sondern auch beim Chef des russischen Generalstabs bedanken dürfen.

So treibt ein Neiß den andern, greift jedes Zahnrad der ungeheuern Maschinerie in das andre, und die Schraube dreht sich ohne Ende.

Nicht lange wird es dauern, da wird uns der Wehrverein neue Tabellen vorlegen, in denen gezeigt werden wird, daß Deutschland nach der Annahme aller Militärvorlagen in Frankreich, Rußland, Belgien usw. im Verhältnis zu seinen unmittelbaren Gegnern schwächer sei als zuvor, und wieder wird das Angstgeschrei durch das Land gellen: Mehr Steuern, mehr Soldaten!

In der Begründung zur Militärvorlage haben wir gelesen, daß dieses Gesetz zur Stärkung der deutschen Kampfkraft dienen soll. Daß dieser Zweck nicht erreicht werden wird, steht schon heute fest. Es stand schon von vornherein fest, es konnte gar nicht anders kommen, als es nun wirklich gekommen ist. Und man darf fragen: war das der Zweck der Hebung?

Eine halbe Million bis drei viertel Millionen Menschen werden mehr als bisher in Europa der Werte schaffenden Arbeit entzogen. Mehrere Milliarden europäischen Volkvermögens werden in neuen Nordwertzungen investiert. Und das Resultat? Eine Stärkung der deutschen Wehrmacht? Nein, im besten, im allerbesten Falle wird man sagen können, daß in bezug auf das gegenseitige Kräfteverhältnis alles beim alten geblieben ist!

Die Schuld an dieser verhängnisvollen Entwicklung liegt bei der deutschen Regierung und bei der Mehrheit des deutschen Reichstags. Eine Militärvorlage von so ungeheurem Umfang wie die gegenwärtige mußte die höchste Gegenbewegung im Ausland hervorgerufen. Hätte man so viel Schaulust besessen, in früheren Militärvorlagen etwas mehr, in der neuen etwas weniger zu fordern, und sich den

Meist für später aufzubewahren, hätte man die Heeresvermehrung so auf eine Reihe von Jahren verteilt, so wäre das Ausland wenigstens nicht mit der Nase darauf gestoßen worden, daß es zur Antwort auf die deutschen Rüstungen nun auch etwas tun müsse. Die Klöcklichkeit und die phantastische Höhe der deutschen Forderungen mußte eine Rüstungsmani in der ganzen Welt hervorrufen und zu Gegenmaßnahmen führen, die die Wirkung der deutschen Militärvorlage wieder vollständig aufhebt.

Diese deutsche Militärvorlage war keine Meisterleistung militärischen Genies. Sie hat Deutschland materiell und moralisch schwer geschädigt, ohne es militärisch zu stärken. Sie bedeutet in unserm Zeitalter des bewaffneten Friedens einen verlorenen stillen Krieg. Sie ist ein neuer Beweis für die hoffnungslose Negejandlichkeit und Blumpheit, mit der die politischen Geschäfte des Reiches geführt werden, und sie legt die Frage nahe, ob ein so schlecht geführter Staat trotz allen Soldaten und Kanonen sich auf die Dauer ehrenvoll in der Welt behaupten kann.

In ein paar Tagen wird die neue Militärvorlage Gesetz sein. Aber schon jetzt kann sich das deutsche Volk sagen, daß alle Opfer umsonst gebracht werden! —

Einkaufstabelle und Mittelstandsschutz.

Die Großindustrie schafft sich nicht nur Kartelle zur Festsetzung der Produktionsmengen der einzelnen Werke, zur Bestimmung der Preise und zum Vertrieb der Produktion selbst, auch der Einkauf von Materialien wird mehr und mehr durch besondere Organisationen bedingt. Auf das Einkaufstabellewesen der Eisenindustrie wird die Aufmerksamkeit durch eine Neugründung gelenkt. Unter der Firma Handelsgesellschaft für Güttensbedarf m. b. H. in Nürnberg und München wurde ein Unternehmen errichtet, das für die süddeutschen Eisenwerke sowie für die meisten österreichischen und norddeutschen Werke den Einkauf von Metallen, die für die Eisenfabrikation von großer Bedeutung sind, betreiben soll. An der Gründung dieser Gesellschaft war neben dem österreichischen Eisenkartell die Eisenhandels-Gesellschaft m. b. H. in Berlin beteiligt. Schon aus dieser Verbindung ergibt sich, daß es sich hier um kein belangloses Unternehmen handelt.

Was die neue Eisenhandels-Gesellschaft bezweckt, ist in den beteiligten Kreisen ausreichend bekannt, wenn das Unternehmen selbst auch betont, daß der Verkehr mit dem Zwischenhandel gegenüber dem früheren Zustand, bei dem die Werke von den einzelnen Händlern kauften, keine Veränderung erfahren soll. Eine Neuerung soll nur darin bestehen, daß die Handelsgesellschaft den Händlern, die in ein solches Verhältnis zu ihr treten, kleine Vorteile einräumt. Die Berliner Eisenhandels-Gesellschaft besorgt den Ummaterialienkauf für die meisten Werke, mit Ausnahme der süddeutschen. Die süddeutschen Eisenwerke bildeten daher, wie den „Münchener Nachrichten“ aus Sachreisen geschrieben wird, auf dem Altmetallmarkt eine Konkurrenz, da sie ihr Einschmelzmaterial durch freie Händler bezogen. Die norddeutschen Werke hatten bis vor einigen Jahren nicht nötig, ihr Altmetallmaterial aus Süddeutschland bzw. Bayern zu beziehen, da in ihren unmittelbaren Versorgungsgebieten genügende Mengen aufgebracht werden konnten, um ihren Bedarf zu decken.

Erst als das Altmetall-Kartell zur Vergrößerung seiner Macht die Lieferungsverträge mit den österreichisch-ungarischen Werken und so weiter einging, wodurch sich die zu reichenden Altmetallmengen bedeutend vergrößerten, mußte zur Versorgung der norddeutschen Werke das süddeutsche Material in immer größerem Umfang herangezogen werden. Das österreichische Eisenkartell hat dem Berliner Kartell für die nächsten Jahre die Beschaffung seiner sämtlichen aus Deutschland benötigten Altmetallmengen übertragen. Das österreichische Eisenkartell mußte sich verpflichten, aus Bayern usw. kein Material mehr zu beziehen. Für die großen Quantitäten, welche dem bayrischen Altmetallmarkt entnommen wurden, mußten sich die bayrischen Händler, um ihren Lieferungsverpflichtungen nachkommen zu können, notgedrungen Ersatz schaffen. Sie waren daher gezwungen, in die Bezugsgebiete der norddeutschen Werke einzugreifen. In diesen Gebieten konnten die bayrischen Händler die benötigten Materialmengen, trotz der höheren Preise bis zu den verbrauchenden Werken, verhältnismäßig günstig einkaufen, da in diesen Gebieten die Preise infolge des Einflusses des Berliner Kartells sehr gedrückt waren.

Dieser Abzug an die bayrischen Händler machte dem Berliner Altmetall-Kartell, dessen Preisregelungen hauptsächlich auf Niedrighaltung der Preise gerichtet sind, einen Strich durch die Rechnung. Es mußten daher Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Abzug zu beseitigen und die Preise wieder auf das niedrige Niveau zu bringen. Zu diesem Zweck wurden mit den süddeutschen Eisenwerken Verhandlungen gepflogen, und der Erfolg war, daß die Handelsgesellschaft für

Güttensbedarf m. b. H. gegründet wurde. Als Gesellschafter dieser Firma wurde von dem Berliner Kartell eine Münchener und eine Nürnberger Firma bestimmt. Die Freizügigkeit des Altmetallhandels ist durch diese Unterbindung des Absatzes nunmehr vollständig gehemmt und das Berliner Kartell diktiert, da keinerlei Konkurrenz mehr besteht, die Preise nach eigenem Ermessen.

Bestätigt wird diese Darstellung durch die Praxis der Eisenhandels-Gesellschaft m. b. H. in Berlin, die nach den öffentlichen Erklärungen des Vereins der Altmetallhändler Deutschlands ein Gebilde zur Vernichtung des freien Handels ist. „Sie hat es verstanden“, fährt der Händlerverein in seiner Schilderung fort, „den gesamten Altmetallhandel in Ost- und Mitteldeutschland zu monopolisieren im Interesse weniger großkapitalistischer Händler. Hierdurch sind dem Gros der Händler, ganz nach Art der Syndikate, nicht nur die Preise, sondern auch die Abnehmer diktiert worden. Ebenfalls nach Art der Syndikate sind auch verschiedene Werke zum Beitritt in diese Altmetallvereinigung nachgerade gezwungen worden, indem ihnen die Ausschungerung durch Verteuerung usw. des Altmetalls nicht nur in Aussicht gestellt, sondern in einigen Fällen auch mit Erfolg seitens dieser großkapitalistischen Gruppe durchgeführt worden ist. Es gibt kaum noch einen Händler, der es wagt, in Konkurrenz gegen die genannte Vereinigung das Risiko der Deckung eines Quartalsbedarfes für das eine oder andre Werk zu übernehmen.“

Dieselben Vertreter der Eisenwerke, die in der geschilderten Weise auch den Bezug ihrer Materialien organisieren und dabei den Handel lahmlegen, erklären bei allen möglichen Gelegenheiten, daß der Mittelstand unter allen Umständen geschützt werden müsse. Sie selbst oder ihre Trabanten lassen, nachdem sie es auf allen Gebieten auf Kosten der einstigen Mittelstandsschichten zu einer beherrschenden wirtschaftlichen Stellung gebracht haben, sagen aber der — Sozialdemokratie nach, daß sie den Mittelstand vernichte. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 26. Juni 1913.

Die Deckung der Kosten.

Nach den Beschlüssen der Budgetkommission wird der Heeresbeitrag aus Vermögen und Einkommen, vorausgesetzt, daß das Plenum diesem Beschluß beitrifft, folgende Staffelung erfahren:

Heeresbeitrag aus dem Vermögen.

Beitragsfreie Vermögensgrenze: 10 000 Mark, wenn der Pflichtige ein Einkommen von mehr als 4000 Mark hat; 30 000 Mark, wenn der Pflichtige ein Einkommen von mehr als 2000 Mark bis zu 4000 Mark hat; 50 000 Mark, wenn der Pflichtige ein Einkommen von 2000 Mark und darunter hat. — Der Beitrag beträgt bei einem Vermögen bis zu 50 000 Mark und bei größerem Vermögen von

den ersten	50 000 Mark	0,15 v. H.
„ nächsten angefangenen oder vollen	50 000	0,35
„ „ „ „	100 000	0,5
„ „ „ „	300 000	0,7
„ „ „ „	500 000	0,55
„ „ „ „	1 000 000	1,1
„ „ „ „	3 000 000	1,3
„ „ „ „	5 000 000	1,4
von den höheren Vermögen		1,5

Heeresbeitrag vom Einkommen.

Die Abgabe vom Einkommen beträgt bei einem Einkommen bis zu 10 000 Mark 1 v. H. des Einkommens, von mehr als:

10 000 Mark bis zu	15 000 Mark	1,2 v. H. des Einkommens.
15 000	20 000	1,4
20 000	25 000	1,6
25 000	30 000	1,8
30 000	35 000	2
35 000	40 000	2,5
40 000	50 000	3
50 000	60 000	3,5
60 000	70 000	4
70 000	80 000	4,5
80 000	100 000	5
100 000	200 000	6
200 000	500 000	7
500 000		8

Nach den Berechnungen des Reichsfinanzamtes würde der Beitrag betragen:

vom Vermögen . . . 850 Millionen,
vom Einkommen . . . 80 Millionen.

Vom Vermögen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien würde sich unter Zugrundelegung eines mittleren Beitragsfußes von etwa 0,25 v. H. ein Betrag von rund 35 Millionen Mark und, wenn man noch die Abgabepflicht der ausländischen Gesellschaften in Rechnung stellt, schätzungsweise rund 40 Millionen Mark ergeben. Die Gesamtsumme beträgt dann also eine Milliarde. —

Ein Protest der Gastwirte.

Der Vertreter des Kriegsministers, General Wandel, hat, wie erinnerlich, im Reichstag den sozialdemokratischen Antrag auf gesetzliche Abschaffung des Militärboykotts mit dem Hinweis auf eine Eingabe des Reichsverbandes deutscher Gastwirte bekämpft, der die Sperrung der Lokale von Sozialdemokraten angeblich selber fordert. Mehrere Gastwirteverbände haben daraufhin telegraphisch der sozialdemokratischen Fraktion mitgeteilt, daß sie diese Forderung nicht aufstellen, sondern bedingungslose Aufhebung jeglichen politischen Boykotts durch die Militärbehörde verlangen.

Gegenwärtig taqt in Trier der Bund deutscher Gastwirte, und es lag nahe, daß der Bundestag sich mit der Behauptung des Generals Wandel beschäftige. Er hat den eignen Vorstand und den des Reichsverbandes glatt desaboniert und die volle Freigabe aller Lokale erneut gefordert.

Ueber die Verhandlungen wird berichtet:

Den breitesten Raum in der Besprechung nahm die Frage des Militärboykotts ein. Vom Wahrischen Gastwirteverband war ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, der Aufschluß darüber verlangte, wie es möglich war, daß vor einigen Tagen General Wandel vom Kriegsministerium sich im Reichstag bei Besprechung des Militärboykotts auf einen Brief des Reichsverbandes deutscher Gastwirte bezogen konnte, in dem gesagt war, daß Tausende von Gastwirten selbst den Militärboykott verlangten. Diese Anschauung widerspricht unter allen Umständen der gesamten Gastwirtebewegung und steht auch in direktem Widerspruch zu den bisher in dieser Frage gefaßten Beschlüssen. Der Vorsitzende kämpfte erklärte, er habe die Petition an das Kriegsministerium, auf die General Wandel sich bezogen hat, zwar unterschrieben, aber von ihrem Inhalt keine Kenntnis genommen. Er stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Gastwirtebund in politischen Fragen neutral bleiben müsse und bedaure, daß die Eingabe gegen seine Absicht seine Unterschrift trage.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Gastwirte Ringel (Berlin), der als Gast zugegen ist, gab die Erklärung ab, daß der Verband sich nicht in dem Sinne geäußert habe, wie General Wandel es zunächst im Reichstag vorgebracht habe. General Wandel habe auch am folgenden Tag auf Ringels Vertreiben den Inhalt der Petition ganz zur Kenntnis gegeben, und daraus sei hervorgegangen, daß der Reichsverband sich nicht bedingungslos für den Militärboykott ausgesprochen habe. In der Petition sei der Wunsch ausgesprochen worden, die Lokale, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, nur während dieser Versammlungen für Militär zu sperren, später aber wieder freizugeben. Die dem Wunsch wolle nunmehr die Militärbehörde entspreche. Weiter habe die Petition vorgeschlagen, nur die Lokale dem Militär zu verbieten, deren Inhaber selbst Sozialdemokraten sind oder in denen sich sozialdemokratische Zusammenkünfte befinden.

Gegen diesen letzten Passus erhebt sich in der Versammlung ein sehr lebhafter Widerspruch. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung kann sich mit dem Schlusssatz der an den Kriegsminister gerichteten Petition über den Lokalboykott nicht einverstanden erklären. Sie bedauert, daß dies durch Unterschrift der Bundesleitung funktioniert ist und erjudet die Bundesleitung, dafür sorgen zu wollen, daß der Militärboykott für alle deutschen Wirte aufgehoben wird.

Des Weiteren wird beschlossen, um den Behörden und den Reichs- und Landtagsabgeordneten Gelegenheit zu geben, sich über die das Gastwirtsgebethe betreffenden Fragen objektiv zu orientieren, in diesem Jahre in Berlin einen großen Gastwirts-Longreeß abzuhalten.

Da die dritte Beratung der Militärvorlage ja noch bevorsteht, so wird hoffentlich dem Kriegsminister und den bürgerlichen Parteien nochmals die wirkliche Meinung der Gastwirte gehörig zur Kenntnis gebracht.

Agrarischer Sittlichkeitschuss.

Für Dertel und seine „Deutsche Tageszeitung“ ist bekanntlich die Stadt die Prüffläche aller Unmoral, während auf dem Lande die schöne deutsche Sittlichkeit ihre Heimat hat. Diese Behauptung findet wieder einmal eine dübliche Illustration in dem „Bericht über das kirchliche und sittliche Leben für die Kreisjahre Anklam 1912“, den der Superintendent erstattet. Da wird konstatiert, daß es mit der Sittlichkeit in den Landgemeinden nicht gut bestellt sei, daß die Zahl der deflorierten Bräute erschreckend groß sei (im Berichtsjahr 40 Prozent) usw. Am meisten aber interessiert folgende Stelle:

Im Ehestandsbericht von 1911 ist auf das Zusammenleben der Schwestern hingewiesen, aus dem auch den Gemeinden sittliche Gefahren erwachsen. Das berüchtigte Störchen in Anklam hat dringend darum gebeten, daß den Ehepaaren, von denen der fünf bis sechs in einem Raum ohne Scheidewand wohnen, besondere Aufsichtsmassnahmen getroffen werden. In Anklam ist diese Einrichtung getroffen; es auch auf andere Gütern, ist nicht bekannt geworden. Jedenfalls widerspricht das Zusammenwohnen mehrerer Ehepaare den vorliegenden Bestimmungen. Und die Tatsache, daß die Leute in ihrer Heimat unter ähnlichen Verhältnissen hocken, entschuldigt die Mißstände bei uns nicht.

Die Agrarier verhalten ihr Gähnen vor der Unmoralität in der Stadt — vorausgesetzt, daß sie nicht gerade zur Landwirtschaflichen Woche in Berlin sind — und dort, wo sie herrschen, leisten sie dem, was sie bejammern, allen Vorkauf. Sie bringen die Schmittler, d. h. die Wanderarbeiter, in „Wohnungen“ unter, die nicht nur ein Sohn auf alle geistlichen Ansprüche sind, sondern auch Männelein und Weiblein hant durcheinander werten. Das widersteht, wie der Superintendent ausführlich, den polizeilichen Vorschriften. Aber was den Mitternachtsbesüßern schon an den polizeilichen Vorschriften liegt!

Strenglicher könnte die Sache erit werden, wenn wir ein Wohnungsgebethe bekämen. Deshalb lassen die Kommandanten sich angelegen sein, daß es höchstens ein v r e u s i - t e s Wohnungsgebethe wird, denn der nächste Landtag legt dafür, daß die „Schmittler“ der Wohnungsbesitzer nicht auf das nächste Land ausgebeutet werden.

Die holländischen Stichwahlen.

Sie haben am Mittwoch stattgefunden und infolge des Bündnisses zwischen den Liberalen und Sozialdemokraten die Niederlage der bisher herrschenden klerikalen Partei gebracht. Gewählt wurden im ganzen 45 Klerikale, 37 Liberale und 18 Sozialdemokraten. Die Regierungspartei hat somit von 100 Mandaten nur die Minderheit von 45 bekommen.

Die alte Zweite Kammer setzte sich aus 26 Katholiken, 32 Calvinisten, 34 Liberalen, 7 Sozialdemokraten und einem kabinistischen Freihändler zusammen. Da die Liberalen und Sozialdemokraten Gegner des Schutzzolles sind, besteht die neue Kammer somit aus 56 Anhängern des Freihandels. Rotterdam ist vertreten von 2 Liberalen und 3 Sozialisten. In Amsterdam wurden heute 3 Liberale und 3 Sozialdemokraten gewählt, im Haag 1 Liberaler und 1 Sozialdemokrat, in Utrecht 1 Liberaler und 1 Sozialdemokrat.

Das Kabinett Geenskerk wird zurücktreten. Die neue Mehrheit der Zweiten Kammer wird als Hauptforderung ihres Programms nach der Abfertigung des Etats die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Angriff nehmen.

In der Ersten Kammer haben aber die Klerikalen noch die Mehrheit, ebenso in den Provinzialstaaten.

In Rotterdam und Amsterdam veranlaßte das Bekanntwerden der Wahlergebnisse gewaltige Demonstrationen.

Die Wahlreform.

In dieser Woche wird die Wahlreform wieder vor das Plenum der Kammer kommen. Die Kommission hat das reaktionäre Projekt des Senats verworfen und das Projekt der Kammer aufrechterhalten. Genosse Grouffier wurde wieder zum Berichterstatter gewählt. Die Kammer wird also zu entscheiden haben, ob sie sich vor dem Senat beugen, oder ihr souveränes Recht, über ihr Wahlrecht allein zu entscheiden, wahren will.

Wie die Dinge liegen, sind nur zwei Wege möglich. Das Projekt des Senats als Grundlage nehmen, darauf kann und wird die Kammer nicht eingehen. Sie kann also nur ihr eigenes Projekt aufrechterhalten — denn einen Mittelweg zwischen den beiden Projekten gibt es nicht — oder im letzten Augenblick einen uniers Erachtens hoffnungslosen Einigungsversuch machen: den Wunsch nach einer gemeinsamen Vermittlungskommission ausdrücken.

Wir glauben nicht, daß der eine oder der andre Weg in dieser Legislaturperiode zu einem greifbaren Resultat führen wird. Nun gibt es freilich viele Radikale und Linksrepublikaner, die als Proportionalisten gewählt wurden und alles taten, um der Wahlreform Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Sie haben Angst vor Wahlen, die unter dem jetzigen Wahlsystem stattfinden könnten. Sie sind also zu allem bereit, um diese Katastrophe zu vermeiden. Wir glauben jedoch nicht, daß ihre Zahl groß genug ist, um dem Senat zum Triumph über die Kammer zu verhelfen. Aber selbst dann wäre die Proportionalwahl nur aufgehoben.

Neues vom Generalspion.

Bei einer neuerlichen Suche, die in der Prager Wohnung des Obersten Redl vorgenommen worden ist, fand man ein seit Jahren äußerst sorgfältig geführtes Tagebuch, in dem all seine umfangreichen Spionagegeschäfte genau aufgezeichnet sind.

In diesem Tagebuch sind die von ihm verratenen Festungspläne genau aufgezeichnet, ferner finden sich darin einzelne gehende Kostenanschläge über verschiedene militärische Einrichtungen; Ziffern, welche die Stärke der militärischen Abteilungen an der Grenze bezeichnen; Daten über alle nach Galizien führenden Eisenbahnstrassen, die provisorischen Versperrungsstationen und alle Orte und Punkte, wo mit Wahrscheinlichkeit die ersten kriegerischen Ereignisse zu erwarten sind.

Redl war auf eine Entdeckung stets vorbereitet: denn in dem Geheimfach, das die wichtigsten Briefschaften enthält, fand man ein Büchlein, das einen Totenkopf und die Aufschrift „Strachan 1902“ führte. Daraus geht hervor, daß Redl schon vor 1902 Spionage betrieben und Vorkerkungen für einen Selbstmord bei Entdeckung getroffen hatte.

Aber seine Vorgesetzten und Kommandeure haben in all den Jahren nichts bemerkt, wiewohl oder weil er auf großem Fuße lebte und mit den Tausendguldennoten nur so um sich warf.

Die amerikanische Zolltarifrevision.

Der neue Zolltarif, der vom Repräsentantenhaus mit 281 gegen 139 Stimmen angenommen wurde, wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe des Juli auch die Senktion des Senats erhalten. Im Repräsentantenhaus wurde man nach stögiger Generaldebatte in Zeit von weiteren 8 Tagen mit der Durchberatung der einzelnen Positionen fertig. Im Senat, wo die demokratische Mehrheit nur auf schwachen Füßen steht und die „großen Interessen“ ihre persönlichen Vertreter haben, ist an eine solche Durchberatung des Tariffs nicht zu denken, ebensowenig aber auch an eine Wiederholung der endlosen Schachereien und Mogeleyen, die in Zolltarifdingen zu den ältesten Traditionen des amerikanischen Oberhauses gehören. Eine Woche hat der Senat gebraucht, um einen republikanischen Obstruktionsantrag, der auf „öffentliche Verhöre“ über die einzelnen Tariffrage abzielte, unschädlich zu machen. Der republikanische Antrag wurde mit 41 gegen 36 Stimmen, einem sogenannten kristen Parteibotum, abgelehnt; das heißt, das geschlossene Botum der Demokraten stand dem Republikaner reaktionärer wie „fortschrittlicher“ Obstruierung gegenüber, mit dem einzigen Kooperations-Senator, Boindexter, auf demokratischer Seite.

Diese Abstimmung wird vielfach als eine entscheidende Probe aufs Exempel betrachtet. Wenigstens ist es jetzt keine Frage mehr, daß die Demokraten auch im Senat stark genug sind, ihren Tarif durchzusetzen. Auch die Bereitwilligkeit,

die Verantwortung für die Maßregel zu übernehmen, scheint auf dieser Seite vorhanden zu sein.

It schon das Tempo dieser Tarifrevision in der amerikanischen Zolltarifgeschichte ohne Beispiel, so tritt als weitere Anomalie noch hinzu, daß im Senat diesmal eher Neigung zu einer weitem „Abwärts-Revision“ als zu einer Genaufführung der vom Repräsentantenhaus beschlossenen Tariffrage besteht. Das zuständige Senatskomitee hat dem Präsidenten Wilson den Triumph bereitet, auch noch Vieh und Fleisch, Weizen und Mehl, ferner Koffein und Ferrromangan-Eisenerze auf die „Freiliste“ zu setzen, freilich nur ein bescheidener Trost für den deutschen Export, der auf seine wichtigsten Artikel, wie Kalifalze, Spielzeug, Kohlensteckerprodukte und Oele, Baumwollspinnen usw. keine Erleichterungen zu erwarten hat. Kohlensteckerprodukte werden sogar, ebenso wie unverarbeitunge Pelze, noch stärker belastet! Wohl sind nach der Haltung des Komitees Reduktionen der Zölle auf Stahl, Eisen und gewisse Metallwaren sowie auf Seide, Wolle und Wollwaren, irdene und Glaswaren wahrscheinlich, und es kommt für Deutschland nun auf die Arten der Eisen- und Textilwaren an, die von dem Segen der Zollermäßigung betroffen werden, da in gewissen Spezialitäten beider Produktionszweige noch immer eine Möglichkeit deutschen Wettbewerbs auf dem amerikanischen Markte besteht. Ungeviß ist noch das schließliche Schicksal der zollfreien Rohwolle sowie der gemäß der Bill nach 3 Jahren eintretenden Zollbefreiung des Zuckers. Gezeichnet wird die fünfprozentige Vergünstigung für Einfuhrwaren, die auf amerikanischen Schiffen befördert werden, wahrscheinlich auch die Klausel, die der Zollbehörde das Recht verleiht, zur Ermittlung des Ausfuhrwerts von Waren die Geschäftspapiere der Importeure einzusehen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Juni 1913.

Zur Stadttheaterkrise.

VIII.

Wie augenblicklich die Dinge liegen, bedeutet die Direktion Vogeler einen Ausweg, der auch von uns akzeptiert werden kann. Man hat gegen ihn eingewendet, daß er wohl für das Schauspiel, aber weniger für die Oper geeignet sei. Man soll abwarten, welche Fähigkeiten er entwickeln wird. Wir wollen Vogeler nicht in Erwartung seiner späteren Leistungen heute schon Vorbeeren spenden, wie das in diesen Tagen vielfach geschieht, sondern mit unserem Urteil zurückhalten, bis wir imstande sind, aus eigener Beobachtung sprechen zu können. Wenn aber, falls der Vertrag am heutigen Donnerstag von den Stadtverordneten angenommen wird, Herr Vogeler auf der Magdeburger Bühne das beim Theaterpublikum verpönte Schauspiel wieder zu Ehren bringen könnte, so wäre das wirklich nicht zu bedauern.

Der Theaterauschuss und die große Kommission haben dem Vertragseinstwurf zugestimmt, der zunächst nur für die Dauer einer Spielzeit das Stadttheater Herrn Vogeler überläßt. Ob dies Interimistatium zu einem Definitivum führen wird, soll bis zum 15. Dezember entschieden werden. Da das Theater am 1. September beginnt, haben die Magdeburger 3 Monate Zeit, das Können der neuen Direktion kritisch zu prüfen. Laßt Vogeler billige Ansprüche in künstlerischer und geschäftlicher Hinsicht unerfüllt, so würde ein Wechsel eintreten. Die Stadt garantiert ihm für die kommende Spielzeit ein Reineinkommen von 12000 Mark. Dafür hat er seinen Fundus kostenfrei zur Verfügung zu stellen und er muß seine ganze Arbeitskraft unserer Bühne widmen. Ohne Zustimmung des Theaterauschusses darf er sich in keiner Weise anderweit engagieren. Zur Ergänzung der Fundusentlastung stellt die Stadt ihm weitere 10000 Mark zur Verfügung. Die dafür gestauten Gegenstände bleiben städtisches Eigentum. Die Stadt überläßt das Theater pachtfrei, zahlt die Grundsteuer selbst und deckt ein eventuelles Defizit. Dagegen hat Vogeler die Buchführung und die Kassengeschäfte genau nach den Vorschriften des Magistrats einzurichten. Es soll dadurch einwandfrei festgestellt werden, wie das Stadttheater unter den gegebenen Verhältnissen finanziert werden muß. Der Direktor hat der Stadt eine Skantion von 50000 Mark zu hinterlegen, die zur Hälfte für die Forderungen der Stadt, zur andern Hälfte für die Gegenansprüche der Künstler in Anspruch genommen werden kann.

Neben den billigen Preisen, die bislang nur die bemittelten Abonnement der Plätze genießen konnten, sollen künftig auch die Winderbemittelten durch Preisermäßigung bedacht werden. Was Hagin freiwillig den Arbeiter-Vereinigungen aller Stützungen gewährte, das ist vertraglich wie folgt festgelegt:

Bei klassischen oder literarischen Schauspielvorstellungen und bei Opernaufführungen, die ohne Hinzuziehung von Gästen zu gewöhnlichen Preisen aufgeführt werden, gewährt die Direktion des Stadttheaters Arbeitern und minderbemittelten Hauswerkern sowie Schülern der hiesigen Schulen ermäßigte Eintrittspreise, die ohne die städtische Lustbarkeitssteuer folgendermaßen festgelegt werden:

Schauspielpreise:		Opernpreise:	
1. Parterre . . .	2,00 Mark	1. Parterre . . .	2,50 Mark
2. Parterre . . .	1,20 Mark	2. Parterre . . .	1,75 Mark
2. Rang . . .	0,70 Mark	2. Rang . . .	1,20 Mark
3. Rang . . .	0,40 Mark	3. Rang . . .	0,65 Mark

Der Direktor wird es überlassen, bei welchen Vorstellungen die Ermäßigungen gelten.

Die Vorstellungen, bei welchen die Ermäßigung gewährt wird werden auf den Theaterzetteln durch die Bemerkung bezeichnet: Schülerarten haben Günstigkeit.

Wir wollen abwarten, was Herr Vogeler aus dieser neuen Bestimmung machen wird. Denn es liegt danach in seiner Hand, zu welchen Aufführungen diese billigeren Preise Anwendung finden. Gegenüber den gewöhnlichen Preisen sind sie um Mark 1,50 bis zu 10 Pf. billiger.

Der Vertrag ist sehr schnell beraten und abgeschlossen worden. Doch kann man das schließlich mit der nun einmal gebotenen Gewissenhaftigkeit. Wenn aber der gegen Hagin so geschäftige „Centralanzeiger“ mit einem Male für gründliche Beratung, für Ausschreibung eintritt, so ist das doch sehr sonderbar. Denn es gibt hier nur ein Entweder — oder: man schließt den Vertrag jetzt ab oder man schließt das Theater für die kommende Spielzeit. Entweder sehen die Theatergelehrten des „Centralanzeigers“ diese einfache Sachlage nicht ein, oder es steht eine neue Schöpfung hinter der Forderung, durch eine Ausschreibung die Direktion Vogeler zu verhindern.

Nach einem älteren Vorschlag sollte die Stadt den Theaterumbau jetzt in Angriff nehmen und folglich bis zu dessen Beendigung das Theater schließen. Wir haben bereits gezeigt, warum dieser Weg ungünstig ist. Es kommt hinzu, daß der neue Bauplan noch nicht vorliegt, und da dieser Umbau etwa 600 000 bis 800 000 Mark Kosten verursacht, so ist wenig Aussicht auf eine Mehrheit, die bereit wäre, in ein altes Gebäude noch annähernd eine Million hineinzubauen. Dem hat man vorgeschlagen, die Stadt solle das Zentraltheater pachten, das fernerhin nicht mehr Spezialitätenbühne, sondern nur noch Operettenbühne werden soll. Wendet das Zentraltheater seinen Charakter, so ersticht damit dem Stadttheater eine neue Konkurrenz von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Befinden wir uns aber in einer Zeit, die eine völlige Umwälzung der Verhältnisse für die Theater bringt, so ist es richtiger, keinen langfristigen Vertrag zu schließen, weil die pekuniären Ergebnisse nicht abzuschätzen sind.

Der Vertragsentwurf befriedigt durchaus nicht alle Forderungen, die von uns an einen Vertrag gestellt werden müssen. Wir glauben, daß die Preise noch weit vollkümlicher gestaltet, die Auführungen der Neuzeit mehr angepaßt werden müssen, wenn die Tausende derer, die heute, um doch etwas zu haben, die Kinos füllen, der echten Kunst, die allein ein gutes Theater kultivieren kann, zurückgewonnen werden sollen. Und hierfür soll und muß die Stadt Mittel aufwenden. Wie will man anders die verfallenden Kinoskationen bekämpfen, als dadurch, daß man den Minderbemittelten die Pforten des Kunsttempels öffnet und methodisch in ihnen das Verständnis für Kunst erweckt? Sind nicht die Theater bei klassischen Aufführungen auf den besten Plätzen unbesetzt und stehen nicht Tausende vermöge ihres pekuniären Undermögens draußen, die so gern die Aufführung besuchen möchten?

Dies Problem zu lösen, muß die nächste Aufgabe sein. Einen Anfang hat Hagin mit der Verbilligung der Eintrittspreise gemacht; der neue Vertrag hat die Anregung aufgenommen und der Theaterausschuß muß neue Wege finden, die Kunst dem Volke zugänglich zu machen.

Arbeiter-Zentralbibliothek. Die Bibliothek bleibt zwecks Inventur und anderer Arbeiten im Juli geschlossen. Die ausgeliehenen Bücher müssen spätestens bis zum 1. Juli zurückgebracht werden.

Freireligiöse Gemeinde. Freitag den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Gemeindefaule, Marktstraße 1, eine Versammlung statt.

Die Geschäftsräume der Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke in Magdeburg. Große Klosterstraße 10b, sind am Dienstag den 1. Juli geschlossen.

Ein Unteroffizier mit Dämmerungszuständen. Ein höchst merkwürdiger Angeklagter stand am Donnerstag vor dem Kriegsgericht: der Unteroffizier Eskar Wallhorn von der 11. Kompanie des Inf.-Regts. Nr. 68, der wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe, Diebstahls, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Verleitung eines falschen Namens und Verletzung eines Wachpostens gegenüber angeschuldigt war. Der Angeklagte hat die Meerschule in Gotha bis zur ersten Klasse besucht und ist regelrecht verbergt. Seine Ausdrucksweise ist gewandt und die eines über den Durchschnitt gebildeten Menschen. Zur Beobachtung seines Geisteszustandes ist Wallhorn längere Zeit in Kellerräume gewesen. Am 19. Januar nachmittags war der Angeklagte mit mehreren Kameraden im Herrenklub und hatte dort gekneipt. Gegen Abend hat sich Wallhorn entfernt. Auf dem Alten Markt, wo er wegen eines Mädchens eine Auseinandersetzung mit einem Schuhmann hatte und wobei er das Seitengewehr gezogen, legte er sich dem Schuhmann gegenüber einen falschen Namen bei. Später wurde Wallhorn im Hause Kutscherstraße 4 auf der Treppe schlafend angetroffen. Hier soll er durch Einsteigen in die Wohnung des Straßenbahnarbeiters Ei sich verschiedene Gegenstände angeeignet haben, um angeblich Raubneugier zu hegen. Bei seiner Festnahme durch einen Schutzmann widerlegte er sich und hat schließlich den Wachposten im Herrenklub durch die Worte „Kalt die Schnauze!“ beleidigt. Alle Fragen, die vom Verhandlungsleiter oder dem als Sachverständigen amwesenden Direktor der Jernanstalt Kellerräume an den Angeklagten gerichtet werden, beantwortet er in flarer und bestimmter Weise. Sobald aber eine Frage gestellt wird, die mit dem ihm zur Last gelegten Straftaten in Verbindung steht, dann erklärt er, nichts zu wissen und sich auf nichts einlassen zu können. Der Angeklagte behauptet, daß er nach etwas reichlichem Genuß von Bier oder Kognak öfter von seinem Gedächtnis in die Lücke gelassen wurde. Bezeichnend ist ein Vorfall, der in der Verhandlung mit zur Sprache kam. In der Nacht, die auf den Lusttag folgte, wurde der Angeklagte in entleidetem Zustand in der von drei Mädchen bewohnten Schlafkammer eines hiesigen Cafés betrogen. Das Schlafzimmer der Mädchen ist nach Aussage des Cafetiers schwer zu finden. Die drei Mädchen erklärten, den Angeklagten nicht zu kennen und nie vorher gesehen zu haben: Wie Wallhorn dahin gekommen, weiß er nicht, er weiß auch nicht, wie er dann später nach der Kaserne gebracht wurde. In seiner Jugend will der Angeklagte einmal einen schweren Stoßschlag auf den Kopf bekommen haben. Die Spuren des Schlagens sind noch zu bemerken. Von seinen Kameraden will niemand etwas Besonderes an dem Angeklagten bemerkt haben. Als Wallhorn im Hause Kutscherstraße 4 durch den Kriminalschuttmann Lange verhaftet wurde, soll er zu diesem gesagt haben, er, Wallhorn, hätte das Soldatenleben satt, er wolle lieber ein Jahr abmachen, als noch weiter dienen. Auch hier wurde der Angeklagte in halb entleidetem Zustand angetroffen. Die fehlenden Uniformstücke wurden in der Wohnung Eis, wo die Schränke durchwühlt waren, vorgefunden. Der Direktor der Jernanstalt Kellerräume schildert vor Gericht die Wahrnehmungen, die während der sechsöchigen Beobachtungszeit an dem Angeklagten gemacht worden sind. Er hält es sehr wohl für möglich, daß bei dem Angeklagten durch die erfolgte Kopierlegung eine zeitweilige Störung der Geistestätigkeit eintraten kann. Bezeichnend sei die doppelt vergrößerte Pupille des einen Auges, die Startheit der einen Gesichtshälfte beim Sprechen, während die andre eine um so größere Beweglichkeit zeigt. Trotz der scharfen Experimente konnte dem Angeklagten eine Simulation nicht nachgewiesen werden. Die Erinnerungslücken im Gedächtnis Wallhorns sind, nach der Meinung des Gutachters, ehm. Er bezeichnet den Angeklagten als einen verkapselten Epileptiker, dem der Schutz des § 51 des Strafgesetzbuchs zugestimmt werden müsse. Nach diesem Gutachten beantragt der Vertreter der Anklage im Allgemeinen Freisprechung. Nur wegen des Vorgangs im Arresthaus werden 14 Tage Mittelarrest beantragt. Das Urteil lautete auf völlige Freisprechung. Der Angeklagte verließ freudetrübend die Anklagebank und wird noch im Saale von seiner Kameraden beglückwünscht. Ob der Epileptiker nun auch noch eine Stunde Unteroffizier bleiben darf?

Geistlos wurden in der Nacht zum 22. d. M. in einem hiesigen Schaustell eine goldene Damenuhr mit Sprungdeckel, auf dem sich das Monogramm „P. E.“ befindet; am 23. d. M. in der Zeit von 14 bis 2 1/2 Uhr nachmittags aus einem verlockenen Koffer in der Königstraße ein Fahrrad „Triumph“ (Fabrikationsnummer 193764); gegen 7 1/2 Uhr nachmittags vor der Hauptpost ein Fahrrad „Mifa“ und in der Nacht zum 26. d. M. aus einer verschlossenen Kiste im Stadteil Cracau eine gelbe Stachene mit 22 Stück 6 Wochen alten Eiern.

Soldat und Unfallrente. Ein wichtiger Streitfall über die Entschädigung eines unfallverletzten Soldaten ist kürzlich vom Reichsversicherungsamt in Berlin erledigt worden: Ein Zug Soldaten marschierte vom Gergierplatz nach der Kaserne. Unterwegs gab der Zug führende Unteroffizier den Soldaten den Befehl, beim Fortschreiten des einen Holzhandler gehörigen Wagens, der im Sande festengeblieben war, zu helfen. Bei dieser Hilfe ist einer der Soldaten verunglückt. Die Militärbehörde suchte bei der Berufsgenossenschaft, in deren Betriebsverzeichnis der Holzhandler als Mitglied eingetragen ist, Unfallrente für den verletzten Soldaten nach. Die Berufsgenossenschaft hat die Bewilligung einer Rente abgelehnt und das Reichsversicherungsamt hat die Entscheidung aus folgenden Gründen bestätigt: „Der § 7 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes schließt an sich nicht aus, daß einem durch Unfall Verletzten, auf den sich das Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterlassen des Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutruppen vom 31. Mai 1906 erstreckt, eine Unfallrente auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes gezahlt wird. Voraussetzung dafür ist indessen, daß der Verletzte außerhalb seines militärischen Dienstverhältnisses in einem versicherungspflichtigen Betriebe tätig gewesen und in ihm verunglückt ist. Dies ist auch in den Kommissionsverhandlungen über den Entwurf des Gesetzes betreffend die Aenderung der Unfallversicherungsgesetze zum Ausdruck gekommen. Wenn also ein Soldat sich auf Urlaub befindet und währenddessen in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt wurde, hat die Berufsgenossenschaft im Verunglückungsfall Rente zu gewähren. Ist ein Soldat eine Tätigkeit aus, die im Interesse eines besetzten Betriebs angesehen werden, wenn er die Hilfe auf Befehl eines militärischen Vorgesetzten leistet. In solchen Fällen hat die Militärbehörde die Soldaten zu entschädigen.“

Hilfsbrandts bissiger Hund. Der Mühlenbesitzer Paul Hilfsbrandt zu Budau hielt sich einen sehr bissigen Hund, der ohne Maulkorb frei umherlief, aber der Aufsicht und Pflege des Wächters Wilhelm Schotte anvertraut war. Am 12. Februar d. J. wurde der 14 Jahre alte Richard Fuchs, als er das Hilfsbrandtsche Grundstück aus Neugierde betreten hatte, von dem Hunde zu Boden gerissen und berast gebissen, daß er in das Sudenburger Krankenhaus übergeführt werden mußte. Das Schöffengericht verurteilte am 18. April den Angeklagten wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 15 Mark Geldstrafe ev. 3 Tagen Gefängnis, sprach dagegen Hilfsbrandt von der Auflage der Uebertretung der Polizeiverordnungen frei. Gegen das Urteil hatten die Staatsanwaltschaft und Schotte, der behauptet, der Hund sei nicht bissig und von dem Knaben gereizt und geredet worden, Berufung eingelegt. Der Knabe habe auf dem Grundstück nichts zu suchen gehabt, er habe sich die Brandstelle ansehen wollen. Der Verletzte verweigert sich bei seiner Aussage in Widerspruch mit andern Zeugen. Er gibt an, der Hund sei aus dem Grundstück genommen und habe ihn angefallen. Aus Angst sei er dann durch die Pforte auf das Hilfsbrandtsche Grundstück gelaufen und dort habe ihn der Hund nochmals gebissen. Die Berufungstammer bewarf die Berufung der Staatsanwaltschaft, hob auch das Urteil gegen Schotte auf und sprach ihn frei.

Anglücksfälle. Am 24. d. M. gegen 11 Uhr nachts lösten sich von dem Hause Feldstraße 6 mehrere Teile des Gesimses und fielen in den Augenblick auf die Straße, als der in der Klosterbergstraße wohnende Arbeiter Franz D. die Stelle passierte. Er wurde hierbei erheblich am Kopfe verletzt und mußte, nachdem er auf der Feuerwache verbunden worden war, in seine Wohnung geschafft werden. Der Arbeiter Adolf L., Helmstedter Straße 26 wohnhaft, geriet am Mittwoch nachmittags in der Dachpappenfabrik im Industriegebiet zwischen eine Feldbohrer und einen leeren Steinwagen. Dadurch wurde ihm der rechte Fuß und der Unterleib erheblich geschädigt, so daß seine Ueberführung in das Sudenburger Krankenhaus notwendig wurde. Der Arbeiter Paul Rüdemann sprang am Donnerstag vormittags über einen glühenden Hohenberg auf dem Krumpert, verfehlte aber den Sprung und verbrannte sich dabei den linken Fuß. A. wurde seiner Wohnung, Turmschanzenstraße 10, überführt.

Wissenschaftlich falsche Anschuldigung. Der Arbeiter Franz Neumann von hier hatte gegen die verehelichte Kaufmanns Witwe, die in einem Zivilprozeß auf Herausgabe des gestohlenen Sprechapparats am 16. November 1912 eidlich als Zeugin vernommen war, ein Strafverfahren wegen wissenschaftlichen Meinungs veranlaßt, das aber auf Grund der Ermittlungen wieder eingestellt wurde. Neumann hatte sich nun vor der Magdeburger Strafkammer wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung zu verantworten. Er wurde schuldig befunden und zu 6 Monaten Gefängnis sowie zu 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, der Beleidigten auch die Publikationsbefugnis zugeworfen.

Festgenommen ist der wohnungslose Walter Walter W., der am 19. Juni aus einer Wohnung in der Kamelstraße ein komplettes Bett gestohlen hat.

Konzerte, Theater etc.

Victoria-Theater. Donnerstag abends 8 1/2 Uhr geht zum zweitenmal „Alte Heideberg“ in Szene. Am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet zu ermäßigten Preisen eine Aufführung von „Anna-Isabel“ oder des „Alten Dessauers erste und einzige Liebe“ statt. Sonnabend den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr gastiert die den Magdeburgern gut bekannte und beliebte Künstlerin Elisabeth Köner-Hennig vom Thalia-Theater in Hamburg in der Rolle der Frau Wolff in „Widerpelz“ von Gerhardt Hauptmann. Billette sind bereits an der Tageskasse bei: S. Frieder, Blumenhandlung, Alter Markt 2, erhältlich. Die spanische Fliege, welche der größte Schläger dieser Saison ist gelangt Sonntag den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr, bei kleinen Preisen zur Aufführung. Dieser überaus lustige Schwank ist auch hier, wie überall, der Kassenmagnet geworden. Aus Leipzig wird gemeldet, daß „Die spanische Fliege“ dort täglich völlig ausverkauft hauer schaff.

Sport und Spiele.

Sehr interessante Wettspiele werden am Sonntag den 29. Juni auf dem Spielplatz der Turnerschaft Magdeburg (N.-L.), Südbeder Straße 68, ausgetragen werden. Es spielen früh 8 Uhr die Abteilung Altstadt gegen Wilhelmstadt Faustball; 1/9 Uhr Neue Neustadt gegen eine kombinierte Mannschaft Barlaß. Nachmittags 3 Uhr: Abteilung Budau gegen Westerbüßen; 4 Uhr: Abteilung Neue Neustadt gegen Westerbüßen Faustball; 5 Uhr: Abteilung Budau gegen Alte Neustadt Fußball.

Burg. Am Sonntag spielt nachmittags 3 Uhr im „Hofjäger“ Venneckenbed gegen Burg ein Wettspiel in Fußball und Faustball aus.

Die Fußballspiele am Sonntag den 22. Juni zeitigten folgende Resultate: Magdeburg-Altkast gegen Schönebeck 3:1 für Schönebeck. Magdeburg Alte Neustadt gegen Altkast 8:2 für Alte Neustadt.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division. Magdeburg, 26. Juni.

Degradation. Der Bizefeldwebel der Landwehr, spätere Bankbeamte Hugo Engelmann hat in seiner Eigenschaft als Angestellter der Mitteldeutschen Privatbank in der Filiale Dirschleben jahrelang Unterschlagungen und Urkundenfälschungen begangen und ist wegen dieser handlungen vom Landgericht zu Halberstadt am 26. April d. J. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Im Aufschluß an diese Beurteilung wird nachträglich vom Kriegsgericht die Degradation ausgesprochen.

Letzte Nachrichten.

Breslau, 26. Juni. Die Ausstellungskommision in Breslau versagte dem Bunde der Landwirte die Genehmigung zur Tagung in der Jahrhundert-Festhalle mit der Begründung, daß der Bund der Landwirte eine politische Vereinigung sei und es im Jubiläumsjahr nicht angängig sei, einer politischen Partei, gleichviel welcher Richtung, die Jahrhunderthalle zur Verfügung zu stellen.

Leipzig, 26. Juni. Vor dem bereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute vormittags der Spionageprozeß gegen den 37jährigen früheren Schutzmann Peter Fährnde aus Bremen wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Der Angeklagte, der sich geisteskrank stellt, wurde gefesselt herbeigeführt und nahm auf der Anklagebank, umgeben von acht Schutzleuten, Platz. Er wird beschuldigt, mit dem früheren Schutzmann Glauß und dem früheren Oberpostbeamten Ehlers Teile des Signalbuchs der deutschen Marine an England verraten zu haben. Die Strafgefängenen Glauß und Ehlers wurden als Zeugen vorgeführt; außerdem sind als Sachverständige drei Aerzte, ein Korvettenkapitän und ein Polizeirat geladen. Die Öffentlichkeit wurde für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Leipzig, 26. Juni. Das Luftschiff Sachsen stieg heute früh 6 1/2 Uhr zu einer Fahrt ins Saaleetal auf, überflog Merseburg und kreuzte einige Zeit über Halle. Um 10 Uhr landete es glatt vor der Luftschiffhalle.

Paris, 26. Juni. In parlamentarischen Kreisen war das Gerücht verbreitet, die Regierung würde, sobald der Grundriss des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit von der Kammer angenommen sei, nichts dagegen haben, daß die Fortsetzung der Beratung bis zur Herbsttagung verschoben werde. Ministerpräsident Barthou bezieht mehrere Deputierten gegenüber dieses Gerücht als durchaus unbegründet und erklärte, die Regierung werde die gegenwärtige Session erst nach vollständiger Abschließung der Vorlage in Kammer und Senat schließen.

Paris, 26. Juni. Gestern abend fand eine Versammlung gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit statt. Mehrere Universitätsprofessoren und Generale befanden sich unter den Rednern. General Percin erklärte, das Gesetz würde das Heer schwächer machen als es heute ist. Der Redner entwickelte zahlreiche Gründe für die Verwendung der Reserve und kritisierte die Kriegspläne, die in der Kammer von den Anhängern des Gesetzes dargelegt wurden; schließlich jagte er: Deutschland müßte einen plötzlichen Angriff scheuen, weil er ihm nicht gehalten würde, alle seine Kräfte auszuheben. Darauf sprachen mehrere Parlamentarier in demselben Sinne. Abg. Albert Thomas erklärte, es sei angebracht, den Gedanken an die Zuerückeroberung Elsaß-Lothringens aufzugeben und an seine Stelle ein Ideal zu setzen, das den Wünschen der Demokratie mehr entspreche. Die Versammlung endete mit der Annahme einer Resolution gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 26. Juni. Gestern früh besiegte der französische Abiater Gilbert seinen Veroppan, um einen Ausflug nach London auszuführen. Bis zur Zeit in eine Nachricht von ihm nicht eingetroffen. Man befürchtet daher, daß er in das Meer gestürzt und ertrunken ist.

London, 26. Juni. Schwere Ausschreitungen gegen die Suffragetten wurden gestern nachmittags während der Fahrt des Präsidenten Poincaré nach der Guildhall von Zirkulanten verübt. Die Menge griff mehrere Frauen an, die mit Schärpen mit den Aufschriften „Votes for Women“ (Stimmrecht für Frauen) trugen. Die Frauen wurden mit Faustschlägen traktiert, und die Kleider wurden ihnen vom Leibe gerissen. Die Polizei schaffte die Frauen in einen Unterparadabahnhof, der zeitweilig gesperrt wurde.

Lissabon, 26. Juni. In der gestrigen Sitzung des Senats entspann sich ein heftiger Wortwechsel zwischen den Senatoren Costa und Freitas. Schließlich kürzte sich Costa auf Freitas, der einen Revolver zog und auf Costa anlegte. Senatoren entwaffneten Freitas. Die Sitzung mußte für kurze Zeit unterbrochen werden.

London, 26. Juni. In der Werkstatt der Feuerwerkerschule explodierte während eines mit einem neuartigen Geschoss vorgenommenen Versuchs der Zünder, wobei ein Arbeiter lebensgefährliche Verletzungen erlitt.

Ottawa, 26. Juni. Nach genaueren Feststellungen sind bei dem Eisenbahnunglück am Ottawafluß 15 Personen getötet worden. Die Leichen von vier Männern, drei Frauen und einem Kinde wurden aus dem Flusse geborgen. Der Zug war stark mit Einwanderern, besonders schottischer Nationalität, besetzt.

Washington, 26. Juni. Die Verordnung für die Zollfreie Einfuhr von Zucker vom Jahre 1916 an, die vom Präsidenten Wilson gebilligt worden war, ist von den demokratischen Mitgliedern des Senats angenommen worden, nachdem mehrere Zusatzanträge abgelehnt worden waren.

Briefkasten.

H. K., Bors. Genosse Dr. Diebtsch war von 1894 bis 1898 Referendar und bestand 1899 sein Assessor-Examen. Antisichter war er nicht.

L. Schönebeck. 1. Oberst v. Dresler u. Scharfenstein. 2. Rein. 3. H. 4. Der Pastor kann das schon machen. Sie müssen vorher mit ihm sprechen, es wird sich dann schon regeln lassen.

H. S., Eisenburg. Von der Moden-Redaktion, Berlin W 15, Kaiserallee 215, gegen vorherige Einsendung von 35 Pfg. für jedes Muster zu beziehen.

M. S., Westerbüßen. 1. Ja. 2. Bürgerliches Gesetzbuch, 3. Ja.

Wettervorhersage.

Freitag, 27. Juni: Unbeständig, mäßig warm, Regenschauer.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Matrapas
Mein Favorit
Sulima-Cigarette
2-5 Pfg.

Große Aufregung!

würde es in

Magdeburgs größtem Spezialgeschäft für Fahrrad-Zubehörteile

gegeben haben, wenn es mir nicht gelungen wäre, noch einmal

1000 Stück Gebirgsreifen **Prima frische Ware** **3.60**
 —————> zum Verkaufspreis von

heranzuschaffen. Dies war mir nur möglich, weil ich meinem **Fabrikanten bares Geld auf den Tisch legte.**

Es ist mir nun eine ganz besondere Freude, dass wenigstens noch ein Teil meiner werten Kundschaft ihren Bedarf in diesen vorzüglichen Strapazier-Reifen decken kann. Die ersten 1000 Stück waren innerhalb 8 Wochen vergriffen.

Gewiß ein Beweis meiner ganz enormen Leistungsfähigkeit!

Da ich nur von den größten Fabrikanten meine Ware beziehe, bin ich in der Lage, nur Prima Ware **Massenumsatz!** zu ganz niedrigen Preisen verkaufen zu können. Dies beweist am besten mein ständig steigender

Es kommen zum Verkauf:

1000 Stück Gebirgsreifen **Prima frische Ware** **3.60**
 —————> Stück nur

Großer Posten Decken welche sich bisher sehr gut bewährt haben —————> Stück nur **1.75**

Luftschläuche

Serie I	sehr bewährter Schlauch	Stück nur	1.75
Serie II	sehr bewährter Schlauch	Stück nur	2.25
Serie III	6 Monate Garantie	Stück nur	2.50
Serie IV	8 Monate Garantie	Stück nur	2.75
Serie V	12 Monate Garantie	Stück nur	3.00
Serie VI	15 Monate Garantie, ganz besonders starker Luftschlauch	Stück nur	4.00

Großer Posten Sättel Stück nur **2.25**

Reichs Pneumatik

Reichs Pneumatik	3 Monate Garantie	Stück nur	3.50
Reichs Pneumatik	6 Monate Garantie	Stück nur	4.50
Reichs Pneumatik	12 Monate Garantie	Stück nur	5.50
Reichs Pneumatik	Stollenreifen, 12 Monate Garantie	Stück nur	6.00
Reichs Pneumatik	für Holzfelgen, grau und rot	Stück nur	3.50
Reichs Pneumatik	für Holzfelgen, 12 Monate Garantie	Stück nur	6.50

Großer Posten Fahrrad-Aufzüge Stück nur **68 Pt.**

Reichs bekannter und beliebter Gebirgsreifen **12 Monate Garantie** **6.50**
 —————> Stück nur

Meine Fahrradreifen haben sich bisher 1000fach als wirkliche Strapazierreifen bewährt, es werden mir täglich die schmeichelhaftesten Anerkennungen zuteil.

Sensation erregend sind folgende Posten:

1000 Vorder- und Hinterradachsen	ta.	Stück nur	0.38
1000 Zehnlochschlüssel		Stück nur	0.22
1000 Fahrradketten	Serie I	Stück nur	1.48
	Serie II (Original-Wippermann)	Stück nur	1.78
500 Fußpumpen	erstklassiges Fabrikat	Stück von	0.68 an
Großer Posten Rahmenpumpen	erstklass. Fabrikat	Stück von	0.98 an
Großer Posten Pedale	mit Gammli	Paar nur	1.65
Großer Posten Schutzbleche	fein schwarz emailliert	Garnitur	0.72

Großer Posten Holz-Kotschützer	extra fein	Garnitur nur	1.00
Großer Posten Holz-Kotschützer	für Damenräder	Garnitur nur	1.38
Großer Posten Schlösser		Stück nur	0.20
Großer Posten Schlösser		Stück nur	0.48
Bestes Freilaufschloß		Stück nur	0.98
Neue Vorderräder		Stück nur	2.95
Neue Hinterräder		Stück nur	4.50
10000 Union-Speichen	m. Messingnippel, bestes Fabrikat	Stück nur	0.02

Sämtliche andern Zubehörteile zu konkurrenzlos billigen Preisen!

Ganz besonders mache ich noch auf meine mit den neusten Maschinen ausgestattete

Reparatur-Werkstätte mit elektr. Betrieb

aufmerksam. Da ich nur erstklassige Mechaniker und keine Lehrlinge beschäftige, leiste ich für jede Reparatur Garantie.

Wilhelm Reiche, Magdeburg

Fernruf 5862

Große Münzstraße 8, Ecke Kutscherstraße

Fernruf 5862

Magdeburgs größtes Spezialgeschäft für Fahrrad-Zubehörteile.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 148.

Magdeburg, Freitag den 27. Juni 1913.

24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung.

Berlin, 26. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die dritte Lesung des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Abg. Landsberg (Soz.):

Keiner von uns in der zweiten Lesung gestellten Anträgen hat bei der Mehrheit Gnade gefunden, selbst solche Anträge sind vom Zentrum und den Nationalliberalen abgelehnt worden, die diese Parteien in der Kommission selbst gestellt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es scheint, daß sie lediglich deshalb abgelehnt worden sind, weil wir sie gestellt haben. Aus Schmerz das nicht, wir wissen, daß unsere Anträge, wenn nicht das Recht der Gegenwart, doch das der Zukunft darstellen, wir sind stolz darauf, auch auf diesem Gebiet als Pioniere zu gelten. Unsere endgültige Stellung zu dem Gesetz machen wir abhängig von dem Schicksal der Anträge, die wir heute erneut einbringen. Wir verlangen, daß jeder Deutsche staatsangehörig ist in dem Bundesstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, zum mindesten, wenn er den Unterstützungswohnsitz erworben hat; wir verlangen weiter, daß solche Personen ein verfolgbares Recht auf Einbürgerung erhalten, die aus der Ehe eines staatenlosen Mannes mit einer deutschen Frau stammen, in Deutschland wohnen und bereit sind, im deutschen Heere zu dienen; daselbe Recht auf Einbürgerung verlangen wir für Kinder von Ausländern, die in Deutschland geboren und erzogen sind und alle Pflichten eines Deutschen auf sich nehmen. Schließlich beantragen wir die Streichung der Bestimmung, die den Bundesstaaten die Befugnis nimmt, Ausländer einzubürgern, sondern allen andern Bundesstaaten ein Einspruchsrecht gewährt. Wir begreifen vor allem nicht die Stellung des Zentrums, dessen Mitglied Dr. Belzer die preussische Dänenpraxis als unheilvoll und skandalös bezeichnet hat. (Hört, hört!) Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, daß diese preussische Praxis auf das ganze Reich übertragen wird. (Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück erklärt zunächst, daß nach den angelegten Ermittlungen der in der zweiten Lesung erwähnten Staatenlose aus Norddeutschland nicht wegen eines als Kind begangenen Verbrechen und eines Streites mit einem Nachbarn ausgewiesen worden sei, sondern wegen eines Einbruchdiebstahls an der Tochter seines Dienstgebers und wegen tätlicher Beleidigung und schwerer Beschimpfung eines Polizeibeamten, was das Gericht festgestellt habe. Die sozialdemokratischen Anträge sind für die verbündeten Regierungen unannehmbar. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Blund (Fortfchr. Sp.): Der Einspruch eines Bundesstaates muß doch auf Tatsachen gestützt sein; wenn die Sozialdemokraten den beruhigenden Versicherungen der Regierungen nicht glauben, so puffen sie direkt zu einer ungeheuerlichen Praxis auf. (Geiterf. b. d. Soz.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Wie oft hat man erklärt, daß Einbürgerungsgesetze nicht wegen der Konfession abgelehnt werden seien — und doch ist es geschehen. Genau soviel sind die Versicherungen der Regierungen wert. Wir bieten nicht die Hand zu diesem Gesetz, das auch international von schädlichster Wirkung ist. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Kollege Blund verläßt sich auf die Zusage der Regierung, daß das Gesetz in lokaler Weise angewendet werden solle. Was solche Zusagen praktisch bedeuten, hat die Erfahrung reichlich erwiesen. Wir verlangen Rechtsgarantien, und da sagt Herr Blund, wir puffen die preussische Regierung zu ihrem Vorgehen auf. Ich kann ihm nur erwidern: Mein teurer Freund, ich rat dir drum, zuerst collegium logicum! (Geiterf. bei den Sozialdemokraten.)

Die Generaldiskussion schließt.

In der Einzelberatung betont

Abg. Dr. Quard (Soz.),

daß der Antrag, die Staatsangehörigkeit durch den Wohnsitz zu begründen, gewissermaßen eine Reichsangehörigkeit schaffen will. Sie aber wollen die Arbeiter, die infolge ihres Berufs von einem Bundesstaat in den andern geworfen werden, politisch rechtlos machen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Bernstein (Soz.)

begründet den Antrag betr. die Staatsangehörigkeit der von einer deutschen Mutter stammenden, in Deutschland großgewordenen Staatenlosen.

Abg. Hanssen (Danc): Der Diebstahl, von dem der Herr Staatssekretär gesprochen, liegt 15 Jahre zurück. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Betroffene ist auch nicht wegen seiner Straftaten ausgewiesen worden, sondern weil er geheratet hat, um in Rino zu legitimieren. (Lebh. Hört, hört!) Den Staatssekretär möchte ich fragen, warum die Verhandlungen mit Dänemark zur Befreiung der Staatenlosenfrage nicht vorwärts kommen.

Staatssekretär Delbrück: Die Schwierigkeiten liegen in der dänischen Gesetzgebung.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Quard (Soz.)

begründet einen Antrag Abrecht auf Streichung der Bestimmungen, daß gegen eine Einbürgerung in einem Bundesstaat jeder andre Bundesstaat Widerspruch erheben kann. Dadurch soll die in Süd-Deutschland geübte mildere Praxis beseitigt und die preussische Praxis auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Auch hier zeigt sich deutlich Preußen als der böse Geist Deutschlands. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.

Abg. Walzstein (Fortfchr. Sp.) bemerkt, daß das Einspruchsrecht der Bundesstaaten gegenüber der Regierungsvorlage doch durch die Kommission sehr eingeschränkt sei.

Bei der Abstimmung nimmt auch ein Teil der Freiwirtschaftler und des Zentrums nebst den Polen und Estländern für den Antrag Abrecht. Sie bleibt daher zunächst zweifelhaft; die Abstimmung durch Hammerprüfung ergibt die Ablehnung des Antrags mit 161 gegen 121 Stimmen.

Abg. Gröber (Zur.) begründet einen Antrag des Zentrums, wonach nicht nur die Anstellung im Kirchendienst, sondern auch die im Synagogendienst die Staatsangehörigkeit begründen soll.

Staatssekretär Delbrück wendet sich gegen den Antrag. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Abg. Bernstein (Soz.)

befürwortet einen Antrag Abrecht, wonach eine Deutsche durch die Eingehung einer Ehe mit einem Ausländer ihre Staatszugehörigkeit nicht verlieren soll.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Es soll am 1. Januar 1914 in Kraft treten. Zu der Gesamt-Abstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Dänen angenommen.

Abg. Zimmermann (natl.) begründet eine Resolution auf Schaffung einer Auskunftsstelle zu Einbürgerungsfragen im Auswärtigen Amt.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Es folgt die erste Beratung des Abkommens zur

Vereinheitlichung des Wechselrechts.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow legt dar, daß das Abkommen einem Wunsch des Reichstags und jahrzehntelangen Bestrebungen der Handelswelt entspreche. Es seien 26 Staaten daran beteiligt, England und Nordamerika hätten sich bedauerlicherweise ausgeschlossen.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Bischof beleuchtet die juristische Seite des Abkommens.

Abg. Landsberg (Soz.):

Wie wir jede Annäherung der Nationen begrüßen, so auch diese Vorlage. Jede solche Annäherung muß eine Steigerung der Kultur zur Folge haben und muß den Völkern zeigen, daß eine solche Steigerung der Kultur nur auf dem Wege der Verständigung erreicht werden kann und nicht auf dem Wege der Kämpfungen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Früher galt der Gedanke eines internationalen Wechselrechts als vollkommen utopisch. Wir hoffen, daß dies Abkommen der Vorläufer vieler anderer sein wird, die auch auf andern Gebieten zu einem einheitlichen internationalen Recht führen werden. (Wahol! In nicht zu fernem Zeit wird auch das Handelsrecht vereinheitlicht werden, wir begrüßen diese Entwicklung, stimmen der Vorlage zu und verzichten auf Kommissionsberatung. Erreulich ist, daß die Wahrnehmung von Wechselrechten nicht mehr von der Beobachtung der einzelstaatlichen Stempelvorschriften abhängig sein wird. Auch andre Verbesserungen sind zu konstatieren. (Der Redner zählt die Bestimmungen von nur sachlichem Interesse auf.) Wir bedauern aber, daß der Reichstag von der Mitarbeit von diesem Abkommen ausgeschlossen wurde; zwischen den zwei internationalen Konferenzen hätten die Abgeordneten sehr wohl zu dem vorläufigen Stand nehmen können. Wir werden an der Haager Wechselordnung jetzt nichts mehr ändern können. Der Nichtertritt Englands und Nordamerikas ist um so verwunderlicher, als das Abkommen gerade dem englischen Wechselrecht sehr weit entgegenkommt. Ich hoffe, daß unsere Vettern jenseits des Kanals doch auch die Wichtigkeit eines einheitlichen Wechselrechts für den englischen Kaufmann erkennen werden. Einheitsrecht würde trotz des einheitlichen Gesetzes erst durch einen internationalen höchsten Gerichtshof gesichert werden, denn das einheitliche Gesetz kann von verschiedenen Gerichten verschieden ausgelegt werden. (Zustimmung bei verschiedenen Parteien.)

Abg. Dr. Belzer (Zur.) stimmt dem Abkommen zu und wünscht ebenfalls, daß in Zukunft solche Entwürfe vorher dem Reichstag vorgelegt werden.

Abg. Dr. Kund (natl.): Daß man sich auf der einen Seite in Nützlichkeiten überbietet und auf der andern Seite doch solche Abkommen abschließt, halte ich von meinem Standpunkt aus für richtig. Wir werden dem Abkommen zustimmen.

Abg. Dr. Giese (konj.) erklärt die Zustimmung auch seiner Freunde zu dem Abkommen.

Abg. Dove (Fortfchr. Sp.) begrüßt die Vorlage gleichfalls lebhaft.

Ministerialdirektor Dr. Krieger sagt zu, daß der Reichstag von internationalen Abkommen in Zukunft schon vor ihrer Festlegung in Kenntnis gesetzt werden soll.

Das Abkommen wird genehmigt. Es folgt die zweite Beratung des

einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrags.

Reichsfinanzsekretär Kühn: Während die Vorlage der Regierung im wesentlichen das Vermögen zur Deckung der Wehrvorlage heranziehen wollte, hat die Kommission nicht dessen eine Art Einkommensteuer vorgeschlagen. Die in der Presse hiergegen erhobene maßlose Kritik macht die Regierung sich nicht zu eigen, ein Einvernehmen in das Privateigentum ist bei jeder Steuererhebung notwendig. Vor allem muß ich nachdrücklich betonen, daß eine so außerordentliche Maßnahme wie die Einführung eines Wehrbeitrags sich nicht wiederholen darf. (Wahol! rechts. Lachen b. d. Soz.) Diese öffentliche Erklärung sind die verbündeten Regierungen nicht nur sich selbst schuldig, sondern auch den Steuerzahlern, in deren Kreisen sonst eine große Beunruhigung entstehen würde. Deshalb ist es auch zu begrüßen, daß, sollte die notwendige Milliarde durch den Ertrag des Wehrbeitrags überschritten wird, nach dem Kommissionsantrag der Wehrbeitrag zur Minderung des letzten Teils des Wehrbeitrags herabzusetzen ist, und daß Mindereinnahmen nicht etwa durch Zuschläge zu dem Wehrbeitrag gedeckt werden sollen. Ich verleihe nicht, daß der Nation ein gewaltiges Opfer zugemutet wird, aber sie wird es bringen, um sich des Friedens und seine Segnungen zu erkauften. (Wahol! rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.)

Der Staatssekretär hatte wohl vor allem das Bedürfnis, die Regierung selbst zu beruhigen, denn ihr scheint vor dem Gesetz, auf dessen Einbringung sie so stolz war, jetzt bange zu sein. Wir hatten von vornherein keine Sympathie dafür, doch ist sie nach der Arbeit der Kommission etwas gewachsen. Die Mehrheit des Hauses ist fest entschlossen, neue ungeheure Militärsparierungen zu bewilligen, und wir haben kein Mittel, dies zu verhindern. So bleibt für uns die Aufgabe, wenigstens dahin zu wirken, daß die Deckungsvorlagen in einer Gestalt verabschiedet werden, daß wir die wirtschaftlich Schwächeren schonen und nicht die ganze Last auf die wirtschaftlich Starken und Stärkeren geschoben wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Regierung wollte die Vermögen von 10 000 Mark an treffen, gleichgültig, ob ein Einkommen dabei vorhanden ist oder nicht, also ganz kleine Geschäftskleute mit vielleicht 1000 oder 1200 Mark Jahres-einkommen sollten herangezogen werden, dagegen sollten Leute mit einem Einkommen bis zu 50 000 Mark frei bleiben. Ferner wollte die Regierung von den kleinsten Vermögen den-

selben Prozentsatz, 1/2 Prozent, erheben, wie von den größten. Das war keine allgemeine Besitzsteuer, sondern eine, die vor allem den kleinsten Mittelstand belasten mußte. Die Kommission hat das befeitigt. Wir beantragen, die Vermögen bis zu 50 000 Mark nur mit 1/10 Prozent, bis zu 100 000 Mark nur mit 1/20 Prozent zu belasten. Das ist wieder ein Beispiel dafür, wer für den Mittelstand eintritt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Natürlich müßte man dann, wenn die Milliarde herauskommen soll, die großen Vermögen stärker treffen.

Die Kommission hat das Gesetz auch zu einem Einkommen-steuergesetz gemacht, in dem die Grenze für die heranzuziehenden Einkommen von 50 000 auf 5000 Mark heruntergeschoben ist. Allerdings sollen die kleineren Einkommen nur gering getroffen und die Steuer gestaffelt werden. So hat das Gesetz eine breitere Basis bekommen, gewissermaßen zwei Füße, so daß es jetzt ein Vermögen, und ein Einkommenssteuergesetz ist. So bescheiden die Staffelung ist, hat sie doch in den betroffenen Kreisen einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. In allen Neuzugungen über die Arbeiten der Kommission ist nur eine, die einen idealen Zug zeigt. Dr. Nuhland, Mitglied der elsass-lothringischen Ersten Kammer, hat im Berliner „Tag“ ausgeführt, der Gedanke des allgemeinen Opfers sei in der Fassung der Kommission nicht genügend zum Ausdruck gekommen, es müßte in dem Gesetz stehen, daß die beschlossenen Beiträge Mindestbeiträge seien, daß aber jeder einen höhern Beitrag zahlen dürfe. Wir würden gegen einen solchen Antrag nichts haben, übrigens kann Herr Nuhland sich beruhigen, es ist ein allgemeines Staatsbürgerrecht, mehr zu zahlen, als was gefordert wird. Das ist der einzige Idealist, der sich vernehmen ließ. Die städtischen und ländlichen Agrarier betonten, weitere Opfer dürften nur auf dem Wege der indirekten Steuern ausgebracht werden. Der Schutzbund für die deutsche Industrie verlangte, daß die Einkommen von 900 Mark aufwärts zum Wehrbeitrag herangezogen würden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist der Geist, der in den Kreisen lebt, die den Mund nicht genug aufreißen konnten, als es galt, Mühsungen zu bewilligen, die sie nicht bezahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der deutsche Handelstag protestierte gegen die Staffelung, die doch der breiten Masse der kleineren und mittlern Kaufleute zugute kommt und nur die großen Krösche scharfer trifft.

Sehr charakteristisch ist die Eingabe der Handelskammer des nieder-rheinisch-westfälischen Industriebezirks, also der Industriellen, die von allen Militärsparierungen den größten pecuniären Vorteil haben. Sie sprechen von rücksichtslosen Eingriffen in das Vermögen eines Teiles der Bürger. Sie nennen die Kommissionsvorlage nichts mehr und nicht weniger als den ersten Schritt zur Konfiskation der großen und mittlern Vermögen. Wenn die Dinge so weitergehen, muß die nächste Deckungsvorlage eine Monopolisierungsvorlage zur Überführung der Militärs-industrien auf das Reich sein. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie mit Ihren Militärsparierungen fortfahren, dann wird das Reich schließlich die Wehrindustrie an der Quelle saffen müssen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Sie sagen ja selbst, daß Sie mit den direkten Steuern nicht weiter gehen können, es wird also dazu kommen müssen, daß Sie die Militärsindustrie in den Besitz des Staates oder des Reiches überführen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antritt der Interessenten hat leider Erfolg gehabt und das Gerüde von Vermögenskonfiskation hat nicht wenige Herren dieses Hauses soweit eingeschüchtern, daß sie schleunigt daran gingen, die Beschlüsse der ersten Lesung zu revidieren. Man hat gesagt, daß die Heranziehung des Vermögens mit einem Betrag von 20 bis 30 Prozent des Jahreseinkommens viel zu hart sei. An sich klingt ja diese Zahl sehr hoch, aber nach einer Demerschen der Regierung über die Steuerverhältnisse im Deutschen Reich werden pro Kopf der deutschen Bevölkerung an Zölle und Verbrauchssteuern 25 Mark pro Jahr, somit von einer Familie von sechs Köpfen 150 bis 160 Mark pro Jahr aufgebracht, was bei dem Einkommen der proletarischen Familien eine Jahres-einkommenssteuer von 10 bis 15 Prozent bedeutet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Da die Verteuerung der Lebensmittel im Inland infolge der Zölle aber ungefähr denselben Betrag ausmacht, sind

die Armen und Allerärmsten mit der Wegnahme von 20 bis 30 Prozent ihres Jahreseinkommens besteuert.

(Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.) Als diese Belastung geschaffen wurde, haben die großen und reichen Herren nicht über Konfiskation geschrien, das tun sie nur, wenn sie selbst bezahllen sollen. Die Herabgabe von 20 bis 30 Prozent des Einkommens durch die Armen und Allerärmsten halten sie für gerecht! Es ist aber doch eine ganz andre Frage, ob jemandes Einkommen ganz zur Beschaffung von Kleidung, Wohnung und Nahrung aufgebraucht wird, oder ob eine Steuer aus dem Vermögen von Millionen oder dem Einkommen von Hunderttausenden gezahlt wird. Das ganze Geschehen über Konfiskation ist aber erst richtig zu verstehen, wenn man, wie das Gesetz tut, den Wehrbeitrag auf 3 Jahre aufteilt und somit nur eine Steuer von 6 bis 10 Prozent pro Jahr übrigbleibt. Vom Standpunkte der steuerlichen Gerechtigkeit kann kein sozial empfindender Mensch angesichts der ungeheuren Verteuerung der breiten Volksmassen gegen diese Staffellung etwas einwenden. (Sehr richtig! links.) Der Antritt hat nun die Mehrheitsparteien ins Wanken gebracht, so daß sie die Ertragseigenschaften der ersten Lesung zum Teile herabsetzen haben. Wir werden Ihnen Gelegenheit geben, diese Ertragseigenschaften wiederherzustellen und darüber hinaus weitere Verbesserungen vorzunehmen.

Der Wehrbeitrag ist für die reichen und reichlichen Leute ein sehr nützlicher Wehrbeitrag. (Sehr gut! b. d. Soz.) Sie bekommen zum erstenmal zu spüren, was die Militärsparierungen bedeuten, und da bei diesen Leuten vielfach das Fortkommen die empfindlichste Stelle ist, werden sie vielleicht ihren Patriotismus revidieren, und mancher wird sich fragen, ob nicht der Frieden auf dem Wege besser gesichert wird, den die Sozialdemokratie weiß. Der Wehrbeitrag ist aber auch ein Wehrbeitrag für die regierenden Herren, die sich „aus Erfahrung“ bereit erklärt haben, mitzusteuern. Die große Mehrheit der Kommission hat gewünscht, daß alle Reichsangehörigen, auch die Fürsten, aus steuerlicher Gerechtigkeit herangezogen werden müssen. Die Regierung aber hat erklärt, daß es der Ehre und der Stellung der Monarchen Abbruch tun würde, wenn sie auch wie gewöhnliche Sterbliche Steuer zahlen müßten. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Ein preussischer Monarch hat gesagt, der König sei der erste Diener des Staates. (Zuruf d. Soz.) Das ist aber schon lange her! (Beifall links.) Man will doch immer die Tradition pflegen, mit welchem Rechte wollen sich also die ersten Diener dieser Dienstleistung für den Staat entziehen, sie müßten doch den andern Dienern mit gutem Beispiel vorangehen! (Sehr gut! b. d. Soz.) Vor allem aber wird die Reichsregierung aus diesem Wehrbeitrag gelernt haben, daß der längst durchbrochene Grundsatz, daß das Reich direkte Steuern nicht erheben dürfe, hinfällig ist. Wir haben ja immer gefordert direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer und Zuschläge der Bundesstaaten hierzu nach ihrem Bedarf. Nur so werden einzelne kleinere Bundesstaaten aus ihrer Steuerumviere und das Reich aus dem Steuerloshandeln herauskommen. Der Wehrbeitrag ist eine direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, zunächst für 3 Jahre. Will der Staatssekretär demgegenüber nicht die lächerliche Behauptung, daß das

Wegen vorräthlicher Brandstiftung wird verurtheilt gegen den Arbeiterinvaliden Wilhelm Niemeck, geboren 1854, zuletzt in Burg wohnhaft gewesen, wiederholt vorbestraft, auch schon mit Zuchthaus. Ihm wird zur Last gelegt, am 11. Februar 1913 die Scheune des Kärberbürgers Wilhelm Hilbrandt um 11 1/2 Uhr vormittags in Brand gesetzt zu haben, und am gleichen Tage nachmittags die Scheune des Kärberbürgers Karl Friedrich. Die erstere liegt in der Feldflur Ribbedleben, die zweite zu Burg an der Berliner Chaussee.

Niemeck, der sehr müde erscheint, ist entweder ein äußerst gebrechlicher Mann, der sich kaum auf den Füßen halten kann, oder aber er simuliert, wie der Verdacht besteht, sehr geschickt. Der Angeklagte ist der Sohn eines Landwirts, ist selbst Landwirt gewesen, dann aber zum Tagelöhner herabgekommen. Nachdem er einen Arm gebrochen hatte, bezog er jahrelang eine Invalidenrente, die ihm aber wieder entzogen ward. Seitdem ist er sehr verbittert, arbeitet nur gelegentlich und handelt sonst mit Reisbesen. Niemeck bekennt, schuldig zu sein und behauptet, er sei topfschwach. Dies Leiden habe er seit etwa 1 1/2 Jahren seit dem Tage, an dem sein Sohn Karl von ihm dringend Geld verlangt und, als er nichts bekam, ihn derart mit einem Pantoffel verprügelt habe, daß sein Kopf rein hin geworden sei. Trotz seiner angeblichen Kopfschwäche weiß Ni., doch über jede Stunde des 11. Februar Auskunft zu geben. Er gibt auch zu, er habe am Nachmittag die Friedrichsche Scheune brennen sehen. Sein Gedächtnis verläßt ihn aber sofort, wenn er meint, eine Antwort könne ihn belasten. Niemeck sah während der Verhandlung auf einem Stuhle vor dem Richtertisch. Plötzlich sank er sacht vom Stuhle, wurde aber vom Gefängnisbeamten aufgefangen und Medizinalrat Dr. Kieferstein sprang ihm zu Hilfe, ließ aber alsbald von ihm ab und begab sich auf seinen Platz zurück. Ein Schluß Wasser stellte dann den Angeklagten schnell wieder her.

Schon bei seinen ersten Vernehmungen in Burg hat er den Todkranken, Gebrechlichen gespielt, lächelte und schätzte auch über die Mühe des Vorgeführterdens. Als er dann eines Tages unter Ach und Oh wieder in das Gefängnis zurückgeführt, sah er plötzlich eine offene Tür, die in die Freiheit führte. Dies wirkte Wunder, wie der Blick tief der gebrechliche Greis davon, und der junge kräftige Beamte, der ihn führte, hatte Mühe genug, ihn wieder einzuholen.

Die angeklagte Hilbrandtsche Scheune enthielt 500 Zentner Stroh und war seit verschlossen. Sie ist mit Inhalt ganz niedergebrannt und der Besitzer hat einen großen Schaden erlitten, obwohl er versichert war. Irrenden Grund, Herrn Hilbrandt etwas Böses anzutun, hatte Niemeck nicht. Zeugen aus Burg bekunden, der Mann sei nicht gebrechlich und könne arbeiten wie andre. Eine Zeugin hat in der Zeit, als die Friedrichsche Scheune bereits brannte, auf der Straße von einem Manne die Worte gehört: „Nun seht Ihr doch, was ich kann, zwei Feuer habe ich heute schon gemacht. Steinöl habe ich noch genug in der Tasche, nun komme ich zu Euch.“ Die Zeugin, die sich im Zimmer befand, hat unter der Laterne auf der Straße Niemeck gesehen und von drei vorübergehenden jungen Leuten die Worte gehört: „Das ist doch Niemeck, der Brandstifter, den wiederhole man doch eigentlich anzeigen.“ Niemeck versuchte noch, wiederholt in Ohnmacht zu fallen, was aber, als er merkte, er habe gar keinen Erfolg, immer gleich wieder bei der Sache.

Eine 14jährige Zeugin hat zusammen mit zwei andern Schulfreunden am 11. Februar mittags im Dorfe Reesen den Angeklagten getroffen. Die Kinder, die geküßt hatten, es brenne, fragten Niemeck: „Entel, wo brennt es denn?“, und erhielten die Antwort: „Hilbrandts Feldscheune brennt. Fast man auf, heute brennt es noch mal.“

Auch der Brand der Friedrichschen Scheune, die außer den verschickten Vorräten unversicherte landwirtschaftliche Maschinen enthielt, hat dem Besitzer großen Schaden gebracht. Diese Scheune stand auf dem Gehöft, doch sind glücklicherweise andre Gebäude nicht vom Feuer erfaßt. Bei Herrn Friedrich hat Niemeck früher gearbeitet, hat sich aber in Frieden von ihm getrennt. Einige Zeit vor dem Braude hat der Angeklagte einmal Wesen bei den Friedrichs angeboten, man hat ihm aber nicht abgekauft, weil er immer arg renommierter. Der Medizinalrat Dr. Kieferstein begutachtet in Uebereinstimmung mit zwei andern ärztlichen Sachverständigen, der Angeklagte sei nicht geisteskrank, sondern ein Simulant.

Die Geschwornen bejahten auf Grund der Verhandlung die Schuldfrage nach vorräthlicher Brandstiftung in beiden Fällen und bezeichneten mildernde Umstände. Demzufolge verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrehabilitirung. Auf die Strafe wurden 2 Monate Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Bereine und Versammlungen.

Gemeindearbeiter.

Am 21. Juni fand eine Mitgliederversammlung statt. Des Andenkens des verstorbenen Verbandkollegen Schäfer wurde in der üblichen Weise gedenkt. Mitgeteilt wurde, daß vom Kartell nach der Ausstellung in Leipzig Karten zum Preise von 7,50 Mark abgegeben werden. Seit 16. Juni ist Verbandskollege Meister als Ortsbeamter angestellt. Die Bureaufunden sind vormittags von 10 bis 11 Uhr und nachmittags von 14 bis 17 Uhr. Als 1. Vorsitzender wurde Jörster gewählt. Die diesjährige Dampferfahrt findet am 12. Juli nach Schönebeck statt. Bemängelt wurde, daß einzelne Betriebe, welche am Montag den 16. Juni gearbeitet haben, ihre Arbeiter nicht mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt haben. Die betreffenden Arbeiter erklären, beim Magistrat vorgehen zu wollen, wenn ihnen die 50 Prozent Aufschlag nicht nachgezahlt werden. Ferner wurde eine starke Kritik geübt an der Art, wie bei der Gartenbauverwaltung mit den Leuten umgegangen wird. Die Kollegen der Gartenbauverwaltung werden sich noch eingehend mit dieser Angelegenheit in der in den nächsten Tagen stattfindenden Betriebsversammlung beschäftigen. Die Versammlung ist der Meinung, daß mit den Rüstständen, wie sie in einzelnen Betrieben herrschen, an die Oeffentlichkeit getreten werden muß. Nach Erledigung einiger Verwaltungsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Reich nicht die Bundesstaaten durch eine direkte Reichsteuer um ihre Einkünfte bringen wolle, preisgeben? (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn wir unsern sozialdemokratischen Standpunkt, eine dauernde Reichsvermögens- und Einkommensteuer einzuführen, realisieren wollen, dann hätten wir nach 8 Jahren folgenden Antrag einzubringen: Der Wehrbeitrag wird weitergehoben. (Sehr gut! h. d. Soz.) Nun schließt aber der Staatssekretär Stein und Wein: Nein, nein, es soll nur einmal sein. (Gr. Heiterl.) Zunächst ist es bis nach 3 Jahren schon dreimal. Aber dann soll es aufgehört, dann soll es nie mehr geschehen. (Heiterkeit.) Ja, wenn der Staatssekretär eine Garantie in der Sache hätte, daß dann keine neue Heeres- und Marinevorlage kommt! Aber dazu ist ja kein Schatzsekretär imstande gewesen, und wenn er sich einfallen ließ, sich gegen das Verlangen anderer Anstalten nach mehr Soldaten und mehr Schiffen anzustrengen, ist es ihm schlecht gegangen. Vestigia terrent. (Die Spuren sprechen.) Herr Kühn weiß sehr wohl, daß das in seiner Macht nicht liegt, wenn Sie nicht, wie wir es verlangen, unsere ganze auswärtige Politik ändern und sich auf den Boden einer vernünftigen, verständigen stellen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Die Begründung der Regierung gibt uns übrigens bereits eine prinzipielle Grundlage für das Verlangen, daß auch in Zukunft einmalige Ausgaben für Rüstungsvermehrungen nicht auf Anleihen zu übernehmen sind. Diese Begründung wird uns sehr wertvolle Dienste leisten. Sie sagt, „diese Mittel im Wege des Kredit, also des Schuldensachens, zu beschaffen, würden anerkannten Grundsätzen unserer Finanzgebarung widersprechen“. Auf diese bessere Erkenntnis, die sich jetzt wenigstens theoretisch durchgesetzt hat, werden wir uns in Zukunft stützen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Auch nach dieser Richtung ist der Wehrbeitrag ein Wehrbeitrag, hoffentlich für die Regierung. Im übrigen werden alle Steuern immer nur einmal erhoben, immer wenn es notwendig ist. Die Besteuerung ist souverän, jedesmal wieder das gleiche zu beschließen. Die Vorlage hat ihr jetziges Gesicht wesentlich durch den Druck der 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler und der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten bekommen. Die sozialdemokratischen Wähler vom letzten Jahre können sich sagen, daß sie mit dieser Regelung einen ersten großen Erfolg ihres Willens zu verzeichnen haben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Diese Regelung wäre nicht gekommen, wenn nicht die Angst vor dem weiteren Anwachsen dieser Bewegung die Regierung und die Mehrheit dieses Hauses getrieben hätte. Man hat versucht, die Sozialdemokratie bei der Regelung der ganzen Dedungs-vorlagen auszuschalten. Konervative und Zentrum haben sich im Schweiße ihres Angesichts darum bemüht. Und da meinte man, wenn man hinter den Kulissen ohne uns verhandelte, hätte man uns ausgeschaltet. Aber Sie wußten wohl, daß vor den Kulissen 110 Sozialdemokraten hocken, und der Geist dieser 110 war bei Ihnen lästig. Das hat die „Germania“ öffentlich zugegeben, daß sie leider nach der Zusammenkunft des Reichstags diesen Weg gehen mußten, da eine Mehrheit für eine Erbschafts- und Reichsvermögenssteuer vorhanden war. Bei der Wehrsteuer wird diese Frage ja noch generell zu behandeln sein. Hier will ich nur sagen, daß auch das mühsam zustande gebrachte Versteuerverordnungsamt die Züge des Einkommens der 1/2 Millionen Wähler und 110 Sozialdemokraten trägt. Wenn es wirklich so naive Leute gibt, die glauben, bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie ausgeschaltet zu haben, so trifft auf die das Wort Nephtis zu: „Den Zauber spürt das Volkchen nie, und wenn er sie beim Stragen hätte.“ (Heiterkeit und lebhafter Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Das Bestreben, das Gesetz sozial auszugestalten, nehme ich für sämtliche Parteien in Anspruch. (Rufe: Na na! h. d. Soz.) Wenn die Vorlage ein schöneres Gesicht bekommen hat, so ist das das Hauptverdienst des Berichterstatters. (Gelächter links.)

Abg. v. Salten (Sp.): Glücklicherweise ist es gelungen, ergiebige Anträge der äußersten Linken zurückzuweisen. Die Handelskammern, die Vertreter der Kaufmannschaft und der Sanität, die das den Liberalen sehr nahe stehen, haben sich gegen die Kommissionsbeschlüsse ausgesprochen, die als Vermögenskonfiskation bezeichnet werden. Auf's schärfste protestieren wir gegen die Abjurgation einer Wiederholung dieses Wehrbeitrags. (Gelächter links.) Das Deutsche Reich wird in Zukunft wie bisher auf indirekte Steuern angewiesen sein. (Hört, hört! h. d. Soz.) § 1 wird einstimmig angenommen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. David (Soz.) begründet den Antrag, Schmutzfischen im Werte von über 1000 Mark dem Vermögen zuzurechnen. Es handelt sich um riesige Werte. 1813 wurden Schmutzfischen auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt, da sollten sie heute zu der Steuer wenigstens etwas beitragen. (Weiß, h. d. Soz.) Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Wurm (Soz.) begründet einen Antrag, daß in der Vorlage steuerfrei gelassene Fiskusvermögen so weit zu besteuern, als es nicht wohlthätigen Zwecken dient. Die gemaltene Höhe der Fiskusvermögen ist natürlich und ebenso die enormen Schenkungen, die die Kirchen erhalten, und die in Bayern in wenigen Jahren 50 Millionen Mark betragen haben. Bei der Reichsfinanzreform hat der Zentralrat, Dr. Röger die Ansammlung großer Fiskusvermögen für gemeinschaftlich erklärt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Die Berliner Stadtynode will selbst ihr Vermögen zum Wehrbeitrag heranzuziehen haben. Nicht aus Feindschaft gegen die Religion, sondern aus Gerechtigkeit stellen wir unsern Antrag. Eine Ausnahmestellung des nicht zu wohlthätigen Zwecken verwendeten Fiskusvermögens ist unbegründet. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Junck (natl.): Der Antrag ist undurchführbar, man kann nicht einzelne Teile des Vermögens juristischer Personen je nach dem Verwendungszweck unterscheiden. Der Antrag wird gegen die Sozialdemokraten und die meisten Fortschrittler abgelehnt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die eine gleichmäßige Besteuerung der Mittelschichten vorsieht. Die Besteuerung auf Grundlage der Bilanz, nicht des wirklichen Vermögens, ist ungerecht, denn die Bilanzan werden verschleiert. Währungsverhältnisse lassen den in der Bilanz angegebenen Vermögenswertungen werden. Man bei der Firma Anna werden auch die an Dividende und Prämie gezahlten Beträge und die Gelder für die Gehälter als Währungsvermögen geteilt. Wirkliche Wohl-

habtsbeträge wollen wir natürlich freilassen. (Zust. h. d. Soz.) Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Emmel (Soz.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage dahin, daß bei Einkommen bis 3000 Mark Vermögen bis 50 000 Mark freibleiben, und bei Einkommen bis 5000 Mark Vermögen bis 30 000 Mark. Man hat die Staffel bei den höheren Einkommen herabgesetzt und die bei den niedrigeren erhöht, um den Fehlbetrag wieder herinzubringen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Abg. Graf Westarp (Konf.): Das ist nicht richtig.

Abg. Emmel (Soz.) hält seine Darstellung altemäßig aufrecht. Ihm tritt Abgeordneter Wurm bei. Reichsfinanzsekretär Kühn: Die Grenze von 8 Prozent ist doch wahrlich nicht zu niedrig. Abg. Gothein (Fortchr. Sp.): Die Kommissionsbeschlüsse sind eine gerechte Entlastung der mittleren Einkommen.

Abg. Dr. David (Soz.): Auch hier will man wieder die Kleinen zugunsten der Großen belasten. (Widerspruch rechts.) Es bleibt bei der Vorlage, daß bei einem Einkommen bis 2000 Mark 50 000 Mark Vermögen frei bleiben und bei einem Einkommen von 2000 bis 4000 Mark 30 000 Mark Vermögen. Das Haus verlegt sich. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Graf Westarp, morgen die Wahlprüfungen Haupt (Soz.), Kölsch (natl.), Gegenseheidt (Sp.) und Kuchhoff (Ztr.) zu erledigen, abgelehnt. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Weiterberatung.)

Aus der Parteibewegung.

Das Leichenbegängnis des Genossen Raden gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration der Dresdner Arbeiterkraft. Dem Sarge voran marschierten in langem Zuge die Genossen des vierten Kreises, dessen Vertreter der Verstorbene 15 Jahre hindurch gewesen. Dem Sarge folgten zunächst die Angehörigen, dann die Vertreter des Parteivorstandes, der sächsischen Parteinstanzen, der Reichstags- und der Landtagsfraktion, endlich die Deputationen aus dem Lande. Ihnen schlossen sich die beiden andern Dresdner Kreise an. Nach fast zweistündigem Marsche erreichte der Zug das prächtige Krematorium. Am Sarge sprachen Landtagsabgeordneter Wirth für den vierten Kreis, Landtagsabg. Schulze (Koffelbau) für den Landesvorstand, Reichstagsabg. Molkenbühr für den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, Reichstagsabg. Bod für die Kontrollkommission und endlich Abg. Gradnauer. Unter den prächtigen Klängen der Orgel und dem leise her eindringenden Gesang einer gewaltigen Sängerkorps senkte sich der Sarg in die Tiefe.

Wegen angeblicher Beleidigung eines Gendarmeriewachtmeisters wurde von der Ersteren Strafkammer Genosse Pehold als verantwortlicher Redakteur der „Tribüne“ in Urthut zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl Genosse Pehold am Tage des Erscheinens jener Notiz, in der die Beleidigung gesunden worden war, gar nicht in der Redaktion anwesend sein konnte, da er auswärts einen Gerichtstermin wahrnehmen mußte. Sein Name war nur aus Versehen mit als „Verantwortlicher“ in der Druckform stehen geblieben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Boykott über die Sibirien- und Kaffeesurrogatfabrik Gebr. J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin. Die Arbeiterinnen und Arbeiter genannter Firma haben seit 11 Wochen im Streite, um eine 5 bis 10prozentige Lohnerhöhung und eine geregelte Arbeitszeit zu erkämpfen. Die Firma weigert sich, die Löhne zu erhöhen, die teilweise für erwachsene männliche Arbeiter pro Stunde 29 und 30 Pfg., für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter pro Tag 1,35 Mark betragen. Die Firma lehnte bis jetzt jedes Zugewandte ab. Den Arbeitssüßigen zahlte sie 3 bis 4 Pfg. pro Stunde Lohn mehr als die Streikenden fordern. Die Behauptung der Firma, die Organisation wolle die Firma auf die Knie niederknien, ist unrichtig. Der Gegenbeweis ist dadurch erbracht, daß die Verhandlungen, schon ehe es zum Streite kam, darauf verzichtete, bei den Verhandlungen mit zugegen zu sein. Und noch während des Streites hatte die Firma von neuem Gelegenheit, mit den Arbeitern zu verhandeln. Doch sie verlangte bedingungslos die Aufnahme der Arbeit. Das mußten die Arbeiter ablehnen. Das Gewerkschaftsamt Stettin und die gewerkschaftlichen Instanzen haben jetzt beschlossen, den Boykott über die Produkte der Firma zu verhängen. Die freisindlichen Arbeiter richten deshalb an die organisierten Arbeiter Deutschlands den Appell, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen: die Sibirien- und Kaffeesurrogat der Firma J. G. Weiß in Frauendorf so lange zu konsumieren, bis sie die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt zu bekommen und alle Patere Kaffeesurrogat und Sibirien, die die Firma J. G. Weiß tragen, ganz gleich, welche Farbe die Verpackung trägt. Hauptlager hat die Firma in Bromberg, Danzig, Elst, Königsberg in Ostpreußen und Guben in der Provinz Brandenburg. Außerdem liefert die Firma an eine Anzahl Einzelgeschäfte in Berlin, in Jlandsburg, Kiel, Gießen usw. Ferner werden bestimmte Marken von einzelnen Firmen vertrieben und diese von der Firma Weiß hergestellt. Die in allen größeren Städten und Orten der Provinzen Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Polen, Schlesien, Brandenburg und Schleswig-Holstein Absatz finden, sind natürlich in den Posten einzubringen. Es handelt sich um folgende Marken: Sibirien-Milchpulver, Sparkasse in blauer Verpackung, Sparkasse in grüner Verpackung, „Vorpommern“ in blauer Verpackung und Kaffeesurrogat und Sibirien in grüner, roter und gelber Verpackung. Viele Geschäfte verkaufen außerdem die Weiß'schen Produkte, die die Firma J. G. Weiß tragen, und daher ohne weiteres erkenntlich sind. Wir bitten nochmals, alle diese Marken zu boykottieren. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.



Sunlicht Seife

wird hergestellt bei Mannheim (Baden) in einer imposanten Fabrik, welche mit allen modernen Einrichtungen auf streng wissenschaftlichem und technischem Gebiete ausgestattet ist. Diese ist ein Musteretablisement. Die Qualität der Sunlicht Seife ist garantiert rein und unveränderlich!





Reunion
Lookout
mit Gold- oder Korkmundstück
Vorzügliche
3 Pfg
Cigarette

Klapp-Sportwagen
mit Gummirädern von 9,50 Mark an
Kinderwagen
Kastenwagen mit Gummirädern und
Vorzellangriff 25,00 Mk
2459
Pedalwagen mit Gummirädern
und Vorzellangriff von 29,00 an
Reise- u. Waschkörbe, Compétoffer,
Feldigrohrmöbel, Waschkleppen,
Armbänder usw. in größter Auswahl zu billigen Preisen

G. Schmohl Jakobstraße
Ecke Gr. Marktstraße



Strohüte
für Herren u. Knaben
in größter Auswahl
Three Shillings Hat
Breiteweg 159
im Ulrichshagen 2586

Achtung! Phonographenbesitzer. Achtung!
Platten, erstklassige Fabrikate. Gramofon, Beck-Grand-
Netzer, rechte Schläger. Beim Kauf von 6 Platten gebe ich
eine Platte gleichen Sprechapparate billiger.
Sprechapparat gratis.
Auch bietet ich allergünstigste Gelegenheiten in Salondrehen,
Herren- und Damen-Uhren, Ketten, Kollern,
Armbänder, Broschen und Nadeln. 2602

Paul Kammer, Versandgeschäft, Gneisenaustr. 1.
sonstige u. sonstigen realen Leuten auch Teilzahlung gestattet.

Burg. 2451 Burg.
Teilzahlung!
Möbel
Betten, Uhren, Spiegel, Herren-
u. Damengarderobe, Kleiderstoffe,
Blusen, Schürzen, Gardinen usw.
S. Lubascher Vertreter: C. Thill
Schulstraße 45

Althaldensleben
Sonntag den 29. Juni, nachmittags 3 Uhr,
im Lokal des Herrn Wilhelm Peters

Gr. Gewerkschaftsfest
Musik, Instrumental- und Vokalensemble.
Besetzung: Herr Richard Ritz (Dirig.)
Erster Kapellmeister. Amüsierfahrten der
Arbeiter-Radfahrer Freie Brüder Vereine.
Verlosung, Kinderbelohnungen

Aufführen eines Zepelin-Luftballons
Zedertreuen der Leiter der „Arbeiter-Jugend“
Nachdem: **Ball.**
Mitspieler: Stadtkapelle (Gebrüder Jüter) und
alle Arbeiter-Verbindungen und -Vereine. 2724
zu sehr geliebtem Herrn Peter Schmidt
Das Festkomitee.

**Getragene
Saison-Plusverkauf**

Person
beginnt
**morgen
Sonnabend**
den 28. Juni
in allen
3 Verkaufsstellen

Hauptgeschäft **17 Alter Markt 17** Kein Laden! 1 Treppe hoch
Kein Laden!

Filiale **Buckau** 33 Schönebecker Straße 33
Filiale **Sudenburg** Halberstädter Str. 121c Ecke West-
endstraße

Beachten Sie mein morgiges Inserat!



Deutsch. Metallarbeiterverband/Burg
Verwaltung Aschersleben.
Sonnabend, 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Wildes Lokal
Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung in
Breslau. 2. Gewerkschaftliches.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen
aller Kollegen.

Jeden Freitag: Frische
Wurst, Sonnabend und
Sonntag: Knoblauch-
wurst F. Brettschneider

Burg. 2419 Burg.
Jeden
Freitag: **Frische Wurst.**
Sonnabend: Knoblauchwurst,
Paul Flügge.

Burg la. Rehklein Pfd. 40 Pf.
Burg la. Rehlätter Pfd. 80 Pf.
Frühe Eier u. Butter empfiehlt
A. Jerichow, Deichstr. 11.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg

Sonntag den 29. Juni, vormittags 10 1/4 Uhr
im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c

Außerordentl. Generalversammlung
der Mitglieder aller zur Vertretungsstelle Magdeburg
gehörenden Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu dem am 6. und 7. August 1913 in Berlin
stattfindenden 7. internationalen Metallarbeiter-Kongress und
Aufstellung von Kandidaten.
2. Bericht von der Generalversammlung in Breslau.

Verteilung von den Generalversammlungen finden statt:
Am Sonnabend den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr
Branche der Klempner und Installateure im Lokal des Herrn Lichte-
feld, Knochenhauerufer 27/28.
Tagesordnung: Berichtsetzung über die durch den Abschluß der
Tarifverträge in Kraft getretenen Lohnerhöhungen. — Berufsangelegenheiten.
Branche der Schmiede, Kesselschmiede und Helfer im Bürger-
haus, Stephansbrücke 38.
Tagesordnung: Der Einfluß des technischen Fortschritts im Schmiede-
beruf. Referent: Kollege Robert Heine (Halle). — Berufsangelegenheiten.

Am Montag den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Alte Neustadt in der Kron-, Moldenstraße 48/45.
Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Brandes über die Zentralisation
der Krankenkassen Magdeburgs. — Berufsangelegenheiten. — Verschiedenes.

Am Dienstag den 1. Juli, abends 8 1/4 Uhr
Branche der Schlosser und Konstruktionsarbeiter im Lokal des
Herrn Lichte-feld, Knochenhauerufer 27/28.
Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnsatz. — Berufsangelegenheiten.
Wegen der außerordentlichen Generalversammlung fällt die Branchenversammlung der
Bezugsbranche und Helfer am Sonntag den 29. Juni aus.
Vertrauensmänner und Zeitungsträger von Buckau Sonn-
abend, 28. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, wichtige Sitzung in der „Thalia“.
Im Sterbe-Anhang ist diese Woche das Feld 102 zu flehen.
Die Verwaltung.

Lederhandlung Gustav Arnold, Halberstädter
empfehl zu billigsten Preisen 2808
Sohlen- u. Oberleder-Ausschnitt
sowie Reifen
Holz pantinen und Pantinenhölzer
en gros in größter Auswahl. en détail.

Am Sonntag den 29. Juni,
vormittags 7 Uhr, ab Strom-
brücke und 7 1/2 Uhr ab Budau,
Magistratsstraße
Große Extrafahrt mit Salon-Dampfer
„Friede-Martha“
nach **Deffau (Kornhaus).**
Preis für Hin- u. Rückfahrt 1,00 Mark. Kinder 50 Pf.
2884 G. Stahlberg.
NB. Abfahrt vom Kornhaus pünktlich 7 Uhr abends.

Gr.-Ottersleben
Franz Beckers Kinotheater
im Saale des Herrn Albert Strunz.
Sonnabend, 28. Juni, große Vorstellung.
Es laßt hierzu wieder ergebenst ein
Die Direktion, Franz Becker. 1668

Kaffee billiger!
Täglich frisch geröstet
Pfund 1,30 Mk. 899
Mehlbude Halberstädter
Straße Nr. 7

Volkswanne
leicht transportabel, geringster
Wasserverbrauch, bequemste Beiz-
vorrichtung, in jeder Küche an das
Gas anzuschließen
ohne Heizung 12 Mk.
mit Heizung von 22 Mk. an
Siggannen von 7 Mk. an
Signe Reparatur-Werkstatt.
— Katalog gratis! —

Gebrauchte Möbel
jeder Art spottbillig zu verkaufen
Möbel-Börse
Knochenhauerufer 74/75, pt.

Rich. Kruse
Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik
Vernicklung u. Emaillierung
Magdeburg-Neustadt
Lübeckerstrasse 103.
Erstklassige Fabrikate zu
konkurrenzlos billigen Preisen
Größte Auswahl; Teilzahlung

Besitzer d. verkauf. woll. od. gute
Hypotheneken suchen, send.
L. H. M. 30 postlagernd
Magd., kein Agent. 1655

ZENTRAL
THEATER
Abendlich 8 Uhr
in der
glänzenden Premieren-
Besetzung 2501

Gohlleder-Ausschnitt
Gummifelle, Holzspanstoff,
Hölzer, Leibriemen u. Schuh-
macher- u. Bedarfsartikel empf.
zu billigen Preisen. Heine, Gercke,
Federhandlg., Buckau, Feldstr. 61.

Neues Fahrrad, nur einige Male
gefahren, spottbill., Hafenstr. 3a,
1 Treppe, bei **Hoffmann**, 1666

Herren- und Damen-Fahrräder
mit und ohne Freilauf, verkauft
spottbillig **Max Eckstein**,
Königsplatz 5, Ecke Lößlichehoffstr.

Ansichtspostkarten
empfehl. Buchhandl. Volksstimme

**Wegen Aufgabe des
Geschäfts**
verkaufe zu äußerst bill. Preisen
Damen- und Herren-Wäsche,
Bettwäsche und Kleiderstoffe,
Schürzen und Schürzenstoffe
sowie verschiedene andre Sachen.
Kein Laden, sondern in
der Wohnung Nr. 1651
Knochenhauerufer 24, 1.

Hydrodion-Entwickler
mit 7 bis 10 Teil Wasser zu verdünnen
Flasche a 100 g Mk. 0,35
Flasche a 200 g Mk. 0,65

Photo-Spezialhaus Arthur
Hörke
Lößlichehoffstraße Nr. 7.

Kaufe Pfandscheine. Zahle
für jede Mark Darlehen 25 Pf.
Max Gäßlein, Königsplatz 5.

Kaufe junge u. alte
Kanarienhähne
gute u. gewöhnliche
Sänger, und junge
u. alte Weibchen.
Zahle wie bekannt höchste Preise.
Jos. Tischler, Annenstr. 25.

20000 alte und
junge 1657
**Kanarien-Hähne
und -Weibchen**
kaufe ich fortwährend für F. Vahle.
Zahle besten Preis.
F. H. Oehlert
Nachtweide 20a, im Restau-
rant F. Subke.

NB. Heute
Freitag laufe
ich in **Burg.**

Jeden Dienstag
und Freitag
Frühe Wurst
Vorz. Knoblauchw., Pökelfleisch
E. Bandzko, Friedrichstr., Brückstr. 1.
(2 Stuben, Kammer,
Küche), 70 Taler, zu
verm. Tracau, Buttersteig 3.

Kasino-Theater Gr. Junker-
straße 12.
Wochentags von 8 Uhr an
Sonntags von 4 Uhr an
Varietés-Vorstellung
Vorstellungskarten in fast allen
Büchergeschäften erhältlich.
1821 Dir.: Wwo. M. Ebert.

Stephanshallen
— Dir. Rich. Froberz. —
Abends 8 Uhr 2520
Varietés-Vorstellung.
Streng degentes Programm
für Familien-Substitutum.
Vorzeiger dieser Annonce
hat außer Sonnabend und
Sonntag freien Eintritt.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 148.

Magdeburg, Freitag den 27. Juni 1913.

24. Jahrgang.

Der Wahlkampf in Salzwedel-Gardelegen.

Kränzchenreiten und Reichstagswahl.

Hat das altmärkische Volksfest mit politischen Wahlen etwas zu tun? Eine ganze Menge. Früher war das wohl nicht der Fall, als es noch in ganze Glanze gefeiert wurde. Seine Beziehungen zur Reichstagswahl treten aber jetzt zutage, wo es aus dem Leben der Altmärker verschwinden soll. Verschwinden muß, weil es nicht mehr in die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse paßt. Früher feierten die Knechte und Mägde, die Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen mit den Söhnen und Töchtern der Besizer und den Bauern selbst Feste. Bei Wahlen wählten die Arbeiter dann selbstverständlich ebenso wie der Bauer. Sie glaubten, sie gehörten mit den Agrariern zusammen, weil sie manchmal auf der Festwiese zusammen Bier tranken und den Kranz stachen. Das ist nun anders geworden. Die wirtschaftliche Entwicklung hat den Knecht vom Herrn im gesellschaftlichen Leben geschieden. Die Bauern sind wohlhabend geworden und borniert dazu. Sie wollen mit den Arbeitern nichts mehr zu tun haben. Die Arbeiter sind arm geblieben und können keine Feste mehr feiern.

In der bürgerlichen Presse von Salzwedel haben nun einige Herren in Eingeladene rührende Klagenlieder angestimmt, daß der Besitzerohn nicht mehr mit dem Knechte zum Kränzchenreiten den Gaul besteigt. Ein anderer Einsender, offenbar ein Bauer, antwortet darauf sehr ehrlich: Weil der Besitzerohn mit dem „Pach“ von Gesinde nicht mehr in Verbindung kommen will.

Soho, Pach?, fragt darauf ein Dritter. Sind die altmärkischen Knechte Pach? Die altmärkischen wohl nicht, aber die fremden, die zugezogenen. Die Einheimischen verlassen leider das Land und gehen in die Stadt.

Darauf legte ein Einsender die Ursachen der Landflucht bloß. Schlechte Behandlung, erbärmliche Entlohnung, gesellschaftliche Geringschätzung der Arbeiter durch die Bauern. Die wirtschaftlichen Interessen der Knechte sind also andre als die der Bauern, demzufolge auch die politischen. Das ist nicht erst seit heute und gestern so, und nicht erst seitdem die Bauern das Kränzchenreiten nicht mehr mitmachen wollen. Es tritt nur jetzt, wo die Bauern „groß“ geworden sind, deutlicher hervor.

Landarbeiter, merkt es auch! Die Bauern wollen mit euch nichts zu tun haben. Sie verlangen eure Arbeitskraft und beuten euch aus bis zum letzten Rest der Lebenskraft, als gleichwertige Menschen aber sehen sie euch nicht an. Ihr habt mit ihnen auch nichts gemein; schließt euch als Arbeiter zusammen und leistet den Agrariern bei der Reichstagswahl keine Gefolgschaft, wählt den Mann der Arbeit, den Sozialdemokraten Bergemann!

Agrarischer Terrorismus bei der Waldecker Reichstagswahl.

Ueber Terrorismus der agrarisch-antisemitischen Partei gegen die Wahl des Fortschrittlers Raumann in Waldeck wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

Der Druck, welchen die Antisemiten auf die liberalen Wähler auf dem Lande ausüben, ist geradezu unerträglich. Die für den Agrarier vietmeyer einsetzenden Großbauern sagen offen, daß sie für die in Frage kommenden kleinen Leute keine Ernte- und Feldbestellungs-führer machen wollen, wenn Raumann in dem betreffenden Dorfe Stimmen bekommen sollte. In den Dörfern Albertshausen, Dehringhausen, Wellinghausen, Oberwerbe, Hiltershausen wurde Vietmeyer einstimmig gewählt, in sehr vielen anderen Dörfern sind die freistimmigen Stimmen zurückgegangen, weil nur ganz unabhängig dastehende Existenzen es wagen dürfen, eine liberale Stimme abzugeben. Die Agrarier sind überall vom gleichen Kaliber. In Salzwedel-Gardelegen können sie das Terrorisieren bald noch ein wenig besser als in Waldeck. Bei der Reichstagswahl von 1912 und der letzten Landtagswahl haben das viele kleine Landwirte, Handwerker und Arbeiter erfahren müssen.

Gardelegen. In einer Wählerversammlung des Bauernbundes in Schützenhaus war es auch unsern Kandidaten...

...lich, in ausgiebiger Weise zu Worte zu kommen. Nachdem der Redner des Bauernbundes, Herr Wachholtz de Wente, das für Gardelegen und die übrigen Mittelstädter zurechtgestutzte Programm der Nationalliberalen vorgetragen hatte, führte unser Redner, Genosse Bergemann (Magdeburg), den Anwesenden unsern grundsätzlichen Standpunkt in den Mittels- und Küstungsfragen vor Augen. In lautloser Stille folgte die gut besuchte Versammlung seinen Ausführungen. Man merkte es den Versammelten an, daß ihnen bisher noch niemand

die wahren Ursachen der Mästungsstreberei so geschildert hatte. Als er zum Schluß zu der Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten aufforderte, sahen wir manchen, der sonst im Lager der Bauernbündler steht, seine Zustimmung äußern. Nach unserm Redner kam der Redner der Konservativen, ein Sekretär ihrer Partei, zu Worte, d. h., er wollte reden. Denn durch sein protygerendes Verhalten wurde er schon bei den ersten Worten unterbrochen. Er konnte nicht erlauben genug tun, daß man den sozialdemokratischen Redner 55 Minuten lang ruhig angehört hätte. Nachdem er seine noch recht oft durch stürmische Zurufe unterbrochenen Ausführungen beendet hatte, mußte er sich durch den Sekretär des Bauernbundes manche bittere Wahrheit sagen lassen. Im übrigen war es aber auch dem nicht möglich, die Seelenverwandtschaft der Konservativen und Nationalliberalen, welche unser Redner festgestellt hatte, aus der Welt zu schaffen. Noch einmal konnte den Genossen Erde die Lokalabtreiber geißelt werden. Nun sollte durch den Referenten der Sozialdemokrat zurückgewiesen werden. Es gelang aber nicht mehr so recht. Neben der physischen Erziehung der Redner machte sich auch der Mangel an Gründen bemerkbar, mit welchen die angeklagte Aufgabe gelöst werden konnte. Interessant war die Feststellung des Redners, daß er unsern Genossen beistimmte, daß unsere Kolonien nichts wert seien. Immerhin etwas von einem Nationalliberalen. Wir können mit dem Ausgang der Versammlung zufrieden sein.

Provinz und Umgegend.

Ein Dorado.

Bekanntlich geben die Herren Agrarier oft bewegliche Löhne über die Leutenot auf dem Lande von sich, hüllen sich aber in Schweigen über die Ursachen der Flucht aus ihren „herrlichen Gefilden“. Allein die sozialdemokratischen Organisationen mit ihrer ständigen Wühlarbeit sollen sich daran setzen. Die Herrschaften vergessen ganz, daß es auch im Hirne des bedrücktesten Landarbeiters anfangs zu dämmern, so daß er sich nicht mehr ohne ein klein wenig Widerstreit in seine Fesseln zwingen läßt. Höheren Löhne, lange Arbeitszeit, Mangel an persönlicher Freiheit, höllische Wohnungen und was es sonst noch verschiedener angenehmer Dinge im Landarbeiterleben gibt, sorgen dafür. Folgende Hausordnung aus der Haffelsfelder Molkerei ist auch ein Beitrag zur Landflucht.

Es heißt im § 3: Wann die Arbeit morgens beginnt, richtet sich nach der Einrichtung des Betriebs und wird von mir bestimmt. Bei entsprechender Arbeitsleistung wird ¼ Stunde Frühstückszeit, mittags eine Betruhe von 12 bis 2 Uhr und eine ¼ Stunde Kaffeepause gewährt, und da die Mittagspause reichlich bemessen ist, wird morgens und mittags zu spätes Aufstehen mit 25 Pfennig für jeden Fall bestraft. Schluß der Arbeitszeit ist, wenn nicht besondere Fälle vorliegen, 6 Uhr abends.

§ 4 lautet: Abendurlaub wird in Anbetracht des zeitigen Aufstehens bis 10 Uhr gewährt, falls nicht weitere Erlaubnis zu besonderen Angelegenheiten gegeben ist. Außer dem Hause hat sich jeder eines ordentlichen, sitzamen und soliden Lebenswandels zu befleißigen. Zu spätes Nachhausekommen wird mit 1 Mark für jeden Fall in Strafe genommen.

§ 5. Jeder Weisung, gleichviel ob von mir oder meiner Frau ausgehend, ist unbedingt bereitwillig Folge zu leisten.

§ 6. Gattnädige Weigerungen, Gerede gegen dritte Personen von Molkerei- oder privaten Angelegenheiten, kann je nach Lage des Falles sofortige Entlassung zur Folge haben, außerdem behalte ich mir vor, vor solchen Gehäßen öffentlich in den Fachblättern zu warnen.

Haffelsfelde, den 18. September 1912.

Rieckert, Molkereibesitzer.

Leider enthält diese eigentümliche Verhaltensvorschrift nichts Näheres über den Lohn. Er beträgt 4,80 Mark in der Woche außer Kost und Deputat.

Man denke sich diese Arbeitsordnung ausgelegt und angewendet von einem „Votgeber“, der weiß, was er seinem Stande „schuldig“ ist, und man kann sich denken, wie „wohl“ sich Arbeiter in diesen Verhältnissen fühlen müssen. Sie werden still ihren Koffer packen, damit sie nicht noch in den Fachblättern der Herren Milch- und Käse-Erzeuger gebrandmarkt werden. Der gnädige Herr aber und die gnädige Frau werden weiter zeternd über Leutenot...

Althaldensleben, 26. Juni. (Gewerkschaftsfest.) Am kommenden Sonntag veranstaltet das Gewerkschafts-Komitee Althaldensleben im Vereinslokal ein Gewerkschaftsfest, welches wiederum durch einen Umzug mit Musik durch die Straßen des Dorfes angeleitet wird. Die organisierte Arbeiterarbeit muß es sich angelegen sein lassen, das Fest zu einem wirklichen Volksfest zu gestalten. Sie muß in Althaldensleben der uns noch fernstehenden Arbeiterarbeit zeigen, daß nur durch festes Zusammenhalten der Arbeiterarbeit in Gewerkschaftsmenschenwürdige Zustände erreicht werden können. Darum Gewerkschafts-

genossen, sorgt für eine starke Beteiligung, sorgt auch, daß der Umzug wieder ein imposanter wird. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Aischerleben, 26. Juni. (Reichsinn.) Die Landwirte bespannen die Pflüge, wenn sie Rüben oder Kartoffeln haben und roden, nur mit einem Pferde. Das Geschirr, welches die Urennen nach dem Ackerfeld bringt, ist gewöhnlich zweispännig. Das beim Pflügen aberschliffene Pferd wird an die Rückseite des Wagens angebunden, meistens so, daß es den hinter ihm fahrenden Fußweg nicht beobachten kann. Nun geschieht es häufig, daß Nachfahrer vorbeifahren. Die Pferde werden erschreckt und schlagen nach hinten aus. Auf diese Weise wurde dem Bergarbeiter Keutel aus Groß-Schierstedt der Unterarm voll- ständig zertrümmert. Trotzdem der Unfall auf dem Wege zur Arbeits- stätte erfolgte, leistet die Berufsgenossenschaft keine Entschädigung. Der Verletzte ist somit genötigt, sich zur Schadloshaltung an den Besitzer zu halten. Da nun diese Art Unfälle schon häufig eingetreten sind, dürfte es im Interesse der Passanten liegen, wenn seitens der Polizei hier Wandel geschaffen wird.

(Metallarbeiterverband.) Auf die am Sonnabend in Wildes Lotal stattfindende Mitgliederversammlung sei der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen besonders hingewiesen. (Siehe Inserat in dieser Nummer.)

Groß-Salze, 26. Juni. (Das Bürgerrechtsgeld) muß bis zum 1. Juli bezahlt werden. Wer diesen Termin übergeht, verliert das Recht, im Herbst an den Stadtverordnetenwahlen teilzunehmen zu können. Die Arbeiter und Parteigenossen, welche nicht in der Lage sind, dies bis dahin zu erledigen, müssen sich sofort an den bekannten Stellen melden.

Halberstadt, 26. Juni. (Schwerer Unglücksfall.) Am Dienstag Abend wurde der Malerlehrling Meywald im hiesigen Gaswerk so schwer verletzt, daß an sein Aufkommen kaum zu denken ist. Die Maler waren damit beschäftigt, die Wände des Apparatenhauses zu streichen. Während der Arbeit waren die Transmmissionen im Gange. Die Arbeiter verlegten bis zum Dienstag gut. An diesem Tage sollte das Gerüst weggenommen werden. Der Lehrling, welcher einen Strang losgebunden hatte, hing diesen über die Welle, so daß er sich um diese schlang. Als er das Spiel wiederholen wollte, kam er mit der Hand in eine Schleiße, die der Strang gebildet hatte. Im selben Augenblick wurde er hochgezogen, von der Welle erfaßt und um diese herumgeschleudert. Durch den Ruck wurde ihm der rechte Arm voll- ständig herausgerissen, so daß man die inneren Organe sehen konnte. Die Kleider wurden ihm vom Leibe gerissen und wickelten sich um den abgerissenen Arm. Der Körper fiel dann von der Welle, welche sich 7,5 Meter über dem Fußboden befindet, herunter, so daß der junge Mann noch innere Verletzungen davontrug. Der ganze Vorgang spielte sich innerhalb weniger Sekunden ab. Ob das Unglück, woran angeblich der junge Mensch selbst schuld sein soll, verhindert werden konnte, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben. Jedenfalls steht fest, daß solche Arbeiten bei vollem Betrieb nicht hätten ausgeführt werden dürfen. Ganz unverständlich ist aber, daß zur ersten Hilfeleistung so gut wie gar nichts zur Stelle war. Der Verunglückte wurde auf einer Leiter, mit Säcken bedeckt, nach dem Krankenhaus gebracht. Ob hier Kropflosigkeit vorliegt oder ob überhaupt keine Krankentransport und Verbandmittel im Betriebs- vorhanden sind, konnte nicht festgestellt werden.

(Wegen Sittlichkeitsverbrechens) wurde vom hiesigen Landgericht der Arbeiter Ludwig John von hier zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. John hatte an einem 10jährigen Mädchen un- züchtige Handlungen vorgenommen.

(Ein ungeratener Sohn) scheitert der Fleischer Rosen- berg zu sein. Er heiratete sich mit einem Freunde, dem Schlosser Kirchner, beide aus Aischerleben, um seinen Vater zu bestechen. Er begab sich deshalb zu diesem ins Krankenhaus und ließ sich den Stuhenschlüssel geben, um einige Sachen zu ordnen. Die beiden Vurichen begaben sich in die Wohnung, wo Rosenberg einen Schrank erbrach, 90 Mark bares Geld, ein Sparfahnenbuch über 100 Mark lautend und einige Kleidungsstücke entwendete. Diese Tat muß Rosenberg mit 4 Monaten, sein Freund Kirchner mit 1 Monat Gefängnis büßen.

(Ein menschliches Skelett.) Das Gerücht von einem Skelettfund in den Thelenbergen war am Mittwoch vormittag in der Stadt verbreitet, es sollte sich um die Gebeine eines Kindes handeln, das schon viele Jahre dort gelegen haben mußte. Tatsächlich haben Waldarbeiter dort Teile eines Schädels gefunden, doch ließ sich infolge der zerstreuten Lage nicht feststellen, ob es sich um menschliches oder tierisches Gebeine handelt. Ein Schädel wurde nicht gefunden.

Dietrich, 26. Juni. (Die Allgemeine Ortskrankenkasse) hielt am 23. Juni im „Braunen Hirt“ (Witwe Lahmann) eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von drei Arbeitgebervertretern und 33 Vertretern der Arbeiterarbeit. Das Vorstandsmitglied W. Zappe gab den Bericht über die zwölfte Jahresversammlung im Krankentafel- verbande der Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt zu Erfurt. Nachdem wurde über den gedruckten vorliegenden Statutenentwurf, welcher am 1. Januar 1914 in Kraft treten soll, die Debatte eröffnet. Nach den neuen Satzungen werden die Leistungen und Beiträge nach einem Grundlohn berechnet, der folgendermaßen festgelegt ist: erste Klasse 1 Mark, zweite Klasse 1,50 Mark, dritte Klasse 2 Mark, vierte Klasse 3 Mark, fünfte Klasse 4 Mark, sechste Klasse 5 Mark, siebente Klasse 6 Mark. Die Einteilung der Mitglieder erfolgt nach folgenden Grund- sätzen: erste Klasse Lehrlinge aller Art ohne Entgelt, zweite Klasse Mit- glieder mit einem Verdienst bis 1,50 Mark, dritte Klasse solche mit 1,51 bis 2 Mark Verdienst, vierte Klasse Verdienst von 2,01 bis 3 Mark, fünfte Klasse Verdienst von 3,01 bis 4 Mark, sechste Klasse Verdienst von 4,01 bis 5 Mark, siebente Klasse Verdienst von 5,01 und darüber hinaus. Der Beitrag beträgt 4 Prozent und das Krankengeld wird mit 50 Prozent des Grundlohns für jeden Kalendertag, und zwar vom ersten Tage der Erkrankung an bezahlt. In der ersten Klasse kann laut gesetzlicher Bestimmungen kein Krankengeld gewährt werden, da hier Lehrlinge ohne Lohn in Betracht kommen. Diese haben freie ärztliche Behandlung und Medizin. Das Kranken- geld wird 26 Wochen lang gezahlt. Mitglieder, die noch in Juhi- schäften versichert sind, erleiden keine Kürzung. Geneidete können auf Vorstandsbeschluss nach Ablauf der Krankenhilfe auf die Dauer von 13 Wochen in einem Genesungsheim untergebracht werden. Auch kann die Klasse für größere Feiertage von 4 Mark Zuschuß gebühren. Wöchnerinnen erhalten auf die Dauer von 8 Wochen eine Unter- stützung in Höhe des Krankengeldes und Schwangeren außerdem für den Entbindungsfall eine Beihilfe von 4 Mark. Das Sterbegeld beträgt den 20fachen Betrag des Grundlohns. Auf Antrag des Residiers soll jemand die Beitragsverbüdung in der zweiten und dritten Woche stattfinden. Am leibhaftigsten letzte die Diskussion beim 26. ein, da nach der Fassung des Entwurfs bei dem vorkommender Jugendschutz zu weiteren Zuschüssen doch die Mitglieder einer Krankengeldversicherung befürchtet werden. Unter Berücksichtigung dieser Punkte ist der Interesse praktischer Gesundheitspflege um eine einmalige Beihilfe für das verbleibende Sonnenbad. Ein diesbezüglicher Antrag wird dem Vorstand überwiegen.

Viktoria-Theater.

Magdeburg, 25. Juni.

Gastspiel Gertrud Eysoldt. Als Salome in Wildes ein- altigem Drama beendete die Künstlerin ihr leider so kurz be- messenes Gastspiel. Ihr Vortrag, mit den einfachsten Mitteln aus- zudeuten, was ihre Seele bewegt, kam in der Salome noch aus- geprägter zur Geltung. Brunst und Blut dieses an einem üppigen, jüdenlosen Poje von einer aussehensweisen Mutter auf- gezeugten Geschöpfes zitterte in der Stimme, brannten im Blicke, prägten sich aus in parfanen, aber eindringlichen Bewegungen des Körpers und der Hande. Gertrud Eysoldt war ihre Rollenlage über den gelöteten Käufer. Von den Mitwirkenden wuchs Ludwig Jubelars als Herodes über sich selbst hin- aus. Auch der Jochanaan Eduard Bötters und Otilie Oitens Perodias verdienen bezeichnet zu werden. In An- betracht der Verhältnisse in der Sommerbühne war auch die jehmische Einrichtung anerkennenswert. Gertrud Eysoldt konnte am Schluß die begeisterten Kundgebungen des ausverkauften Hauses als schönstes Andenken von Magdeburg entgegennehmen. Vor der „Salome“ wurde Hermann Sudermanns einaktiges Drama „Frischen“ in guter Besetzung gegeben.

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 25. Juni.

Konzert im Stadttheatergarten. Prof. Krug-Waldsee hatte in den Hauptteil des Programms Werke von Liszt und Wagner aufgenommen. Jedermann weiß, welche verwandtschaftliche Be- ziehungen beide Musikgrößen verbanden, und weiß, daß Liszt in aufopfernder Weise für seinen Schwiegersohn Wagner eingetreten ist. Diese Protektionshaftigkeit oder gar einseitigkeit in der Kunst zwischen Liszt und Wagner nicht bejammern. Und doch hat es An- lässe an Liszt in Wagners Werken so viel gegeben, daß man eigentlich erstaunt ist, daß erst das Wagner-Jubiläum Veran-

lassung gab, sich schriftstellerisch mit der „Blagiat“-Kunst Wagners zu befassen. Daß Wagner im Gefühl der eignen Armut Liszt benutzt hat, wird keiner glauben mögen. Aber seltsam ist es doch, daß er ganze Takte von Liszt nicht nur in der Melodie kopiert, sondern auch Rhythmus (nicht Takt!) und Harmonien völlig über- nimmt. Ich erinnere nur an Liszts Lied „Ich möchte hingehn“, das Wagner als Motiv in „Tristan und Isolde“ immer wieder verwendet. Man mag das eine unbewusste Nachempfindung nen- nen, Liszt ist aber der Schöpfer der Idee. So geht es Wagner mit den beiden ersten Themen des Margival-Vorspiels, die aus Liszts H-Moll-Sonate und der Invokation entstammen, mit seinem „Waldwehen“, dessen Figurenwerk auf Liszts „Benediction“ zurück- weist. Auch mit der „Bergsymphonie“ Liszts hat sich Wagner jeilich verschwägert und empfunden Takt für Takt seinem genialen „Berg“- führer Liszt nach, wie durch allein 15 Takte aus dem Vorspiel zum dritten Aufzug in „Tristan und Isolde“ zu erkennen ist. Daß Wagner harmonisch Liszt nicht überboten hat, ist gewiß. So sehr Wagner eigentlich auf einem Boden, den Liszt urbar gemacht hatte. Daß er zu größerer Bedeutung in den vierhundert Jahren gelangt gelangt konnte als sein jehiloser Freund Liszt, hat mit seinem Genie und seiner Lebensaufgabe, eine neue Kunstrichtung in der Musik durchzuführen, nichts zu tun.

Da war es denn heute interessant, den Hauptteil des Kon- zerts zu verfolgen, der Werke dieser beiden ungleichen Gleichen brachte. In das voranstehende Kapitel der Ähnlichkeiten gehört zum Beispiel auch das in das Programm aufgenommene „Album- blatt“ Wagners. Nur von dem speziell ungarischen Element in Liszts Werken hat sich Wagner nicht angezogen gefühlt, will man nicht die Hunnenplacht mit dem Walkürenritt in Verbindung bringen. So blieb die ungarische Rhapsodie Nr. 1 erinnerungsrei für Wagner, während „Des Préludes“ im Thema des Feldens auf Wagner direkt befruchtend gewirkt hat. Auch „Lohengrin“, von dem wir das Vorspiel hörten, hat Stimmung und tonisches Kolorit, mit einem Worte „groß“ Macht und viel — Liszt“. Prof. Krug- Waldsee stand den angezogenen Stoffen als feinfühligster Inter- pret gegenüber, der auch heute, nebenbei bemerkt, ein Programm durchführte, das einem guten Geschmack Rechnung trug.

Gr o t c.

(Folgende Erklärung) ging uns mit der Bitte um Abdruck zu: Wenn in Nr. 144 der „Vollstimme“ unter dem Stichwort „Polnische Wirtschaft“ und entsetzliches Pindereleu mehr nebensächlich von wohlwollenden Bürgern die Rede ist, so sollte diese Wendung eigentlich in Klammern stehen, was leider nicht geschehen ist, denn der Artikelschreiber meint hier selbstverständlich nur Einzelpersonen (die ihm genannt wurden) und bedauert, wenn wirklich ehrenhafte Mitbürger hierin für sich selbst eine Verteidigung finden wollen. Den Vorwurf, die ganze Bürgerschaft als solche absichtlich in den Schmutz ziehen zu wollen, muß er deshalb auch ganz entschieden zurückweisen. Verfasser ist ja selbst Osterwiederer Bürger, und das in Ehren! Auch hat er seit Jahren genügend Beweise der Liebe für seine Vaterstadt und seine durchaus ehrenwerten Mitbürger gegeben. Gerade darum ist es ein um so schwereres Amt, widerwärtige Vorurteile zu schildern und beim richtigen Namen zu nennen. — Was die heimtücklichen Konzepte betrifft, so gibt Verfasser gern zu, daß auch die Teilnehmer an der Veranstaltung häufig die nötige Rücksicht zu „nachschlafender Zeit“ vermissen lassen. Aber gerade den Funktionären der organisierten Arbeiterschaft wird es auch fürder eine der höchsten Pflichten sein, ihre Klagenoffenen zu wahrhaft gestützten Menschen zu erziehen. —

Scheren, 26. Juni. (Von der Jubiläumsfeier.) Die hier am Sonntag stattfand, wurde allein der Gefängnisverein „Frohheim“ ausgeschlossen. Wahrscheinlich weil darin einige bei den Patrioten nicht gut angesehene Arbeiter Mitglieder sind. Für alle nicht zum Fest eingeladenen und für die, die sich selbst ausgeschlossen hatten, war im Saale des Gastwirts Müller ein Tanzvergnügen angeordnet. Dabei stellte sich heraus, daß die Zahl der Nichtjubilierenden fast größer war, als die der Patrioten. Hoffentlich ziehen die heftigen Witte daraus die nötigen Schlusfolgerungen. Sie können auch gute, wenn nicht gar bessere Verhältnisse machen, wenn sie der Arbeiterschaft ihre Sätze zur Verfügung stellen. —

Schönebeck, 26. Juni. (Unterschlagung.) Der Rottcher Wilhelm Behrend hat in der Silbernacht mit lustigen Klumpen eine größere Summe Geld durchgebracht. Da er selbst kein Geld besaß, nahm er dazu 53 Mark, welches er für den Vierberleger Günter einlieferte. Jetzt wird er eine Woche im Gefängnis über diesen Streich nachdenken können. —

(Anklage des Schifferkreises) soll der Arbeiter Benz bei seiner Verhaftung Widerstand geleistet haben. B. behauptet, dem Polizeibeamten Laga seinen Namen genannt zu haben und von diesem Beamten freigelassen zu sein. Der Zeuge Laga gibt an, B. habe Widerstand geleistet, es sei auch von anderen Personen versucht worden, den B. zu befreien. Seinen Namen habe B. erst später angegeben. B. muß wegen Widerstandes 10 Mark Geldstrafe bezahlen. —

(Ein Bericht von der Stadtverordneten-Sitzung) führte den verantwortlichen Redakteur „Wienbreyer“ von der „Schönebecker Zeitung“ auf die Anklagebank. Beleidigt fühlt sich der Kaufmann Weigand. Der Angeklagte W. hatte in zwei Fällen Reden von Stadtverordneten wiedergegeben, in welchen von „durchgefallenen Stadtverordnetenlandkandidaten“ die Rede war. W. bezeichnet es, als im öffentlichen Interesse liegend, wenn die Stadtverordnetenberichte wahrheitsgemäß gegeben würden. Weiter habe er nichts getan. Die Hausbesitzer fühlen sich auch gar nicht beleidigt, nur einzelne Personen. Es seien jetzt 1300 Hausbesitzer vorhanden, davon gehörten 500 dem Bezirk an und nur 30 bejagten die Versammlung. Rechtsanwalt D. u. als Vertreter des Klägers geht mit scharfen Worten gegen den Beklagten vor. Der Beklagte habe wie ein Schulmeister den Hausbesitzern seine bei der Bildung weit über dem Besten stehenden Lehren erteilt. Niemand sei mehr vor den Angriffen der „Schönebecker Zeitung“ sicher. Er halte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen für angebracht, da eine Geldstrafe von dem Besitzer der Zeitung, der ein wohlhabender Mann sei, bezahlt würde. Das Gericht stellt sich auf den Standpunkt, daß der Bericht von der Stadtverordneten-Sitzung nicht beleidigend sei, da der Angeklagte im Interesse des Publikums wahrheitsgemäß berichtet habe. Anders sei es mit dem zweiten Artikel. Hier habe der Angeklagte auf eine Verächtlichmachung des Hausbesitzervereins eigene beleidigende Ausdrücke gebraucht, um dem Vorstand des Hausbesitzervereins etwas anzuhängen. Während der Angeklagte wegen des eigentlichen Berichtes von der Stadtverordneten-Sitzung freigesprochen wird, muß er den zweiten Artikel mit 30 Mark Geldstrafe en. 6 Tagen Gefängnis büßen. —

(Anklage vom Schifferkreise) Die Arbeiter Kugel und Krieg sollen durch Drohungen andre Arbeiter gezwungen haben, die Arbeit auf dem Salinenhof einzustellen. August soll zu dem Arbeiter Wölter gesagt haben: „Wenn Du auf den Salinenhof arbeitest, dann schläge ich Dir die Knochen entzwei, hier wird getreift. Du arbeitest doch sonst nicht.“ Krieg zu dem Arbeiter Dittmann: „Wenn Du den Salinenhof betrittst, dann mußt Du Dich was spämen.“ Dittmann fühlt sich nicht beleidigt. Wölter will die dem August zur Zeit gelegenen Worte nicht gehört haben, trotzdem er bei der Polizei erst die Anklage gemacht hatte. Der Amtsanwalt meint, daß August wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung bestraft werden müsse. August erwidert, daß der § 153 keine Anwendung finden könne, da es kein Streik zur Verhinderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegeben sei, denn die hiesigen Salinenarbeiter seien nur in einem Solidaritätsstreik getreten. August bekommt 1 Woche Gefängnis mit der Begründung, daß auch auf Solidaritätsstreike der § 153 Anwendung finde. Krieg wird freigesprochen. —

Stendal, 26. Juni. (500 Mark Belohnung.) In der Nähe der Station Neugarten (Salzstraße Berlin-Stendal) ist ein Fahrgastverletzt worden, indem eine Leichenverbinderin sowie die Besatzung der Schienen mit den Schwellen kollidiert worden ist. Obige Belohnung ist für die Entschädigung der Leichenverbinderin zu zahlen, die zur Entdeckung der Täter Hilfen. —

(Aus der Untersuchungschaft entlassen) ist der Agent Schmidt. Ansehend in der Bedacht gegen ihn, in der Polizeistation Brandangelegenheiten Rummel zu sein, freigesprochen. —

Dalmatien, 26. Juni. (Zum Quartalettschiff.) Die nahe voran, muß auch an die Arbeiterfrage erinnert werden. Die Arbeiterfrage wird nicht schnell und ausschließlich über alle Fragen des öffentlichen Lebens und nimmt die Interessen der Arbeiter wahr. Wie ganz anders die Arbeiterfrage. Es ist nur auf die Konventionen-Behandlungen hingewiesen, sie werden ganz anders gefordert, schon wegen des geringen Lohnes, der der Arbeiterfrage zur Verfügung steht. Der allgemeine Arbeiter, aber auch „General-“ und „General-Arbeiter“ werden nach und nach von Arbeitern getrennt. Die Arbeiterfrage ist eine wichtige Sache im Kampfe gegen alle Unterdrückungsgesetze der Herrschenden. Jeder Arbeiter, jede Gewerkschaft muß es sich zur Pflicht machen, den Arbeiterfrage die nötigen neuen „Vollstimme“-Seiter zu gestalten. —

Die Wiener Flugwoche.

Bei der jetzt abgelaufenen Wiener Flugwoche sind Ergebnisse erzielt worden, die weit über die bei andern Flugwochen erzielten hervortragen. So wurde der Weltrekord im Höhenflug an 2 Tagen geschlagen und von Zilner am 17. d. M. auf 5010 Meter gebracht. Perreyon vermochte diese Höhe nicht zu erreichen. Es ist bemerkenswert, daß während der vier Flugtage, an denen der Höhenwettbewerb durchgeführt ward, fünfmal von Fliegern mit Passagieren Höhen von 3000 bis 4000 Metern erreicht wurden, dreimal kamen die Bewerber 4000 bis 5000 Meter und einmal über 5000 Meter hoch. Ähnliche Höhenflüge in solcher Zahl sind selbst bei französischen Flugwochen und regerer Beteiligung nicht erzielt worden, wenn man davon absteht, daß die Steigerung der Höhenflüge über 3000 Meter erst seit zweieinhalb Jahren erfolgte. Seit dem Juni vorigen Jahres wurde von Bläschke zum erstenmal die Höhe von 4000 Metern überschritten, die jetzt während der Wiener Flugwoche viermal überholt ward, und zwar dreimal von Zilner und einmal von Perreyon.

Auch die Geschwindigkeit ist seit einem Jahre bedeutend gesteigert worden. Am letzten Sonntag erzielte Garros im Weltwettbewerb um die schnellste Runde über 5 Kilometer eine Stundenschnelligkeit von 151 Kilometern, Bielowic von 146,2 Kilometern, Audemars von 140,4 Kilometern. Nun sind das allerdings noch keine Weltrekorde, denn erst vor einer Woche hat ein Franzose die Stundenschnelligkeit mit der Flugmaschine auf fast 180 Kilometer gesteigert.

Man vergleiche die Schnelligkeiten, die vor einem Jahre und jetzt zwischen Apsen und Wiener-Neustadt und zurück erzielt wurden.

1912		1913	
Minuten	Kilometer in der Stunde	Minuten	Kilometer in der Stunde
Frey	50,1	Garros	40,5
Mella	51,2	Bielowic	45
Nieuport	53,3	Zilner	48
Fraud	55,3	Hold	57

Diesmal haben drei Flieger die Zeit des Besten vom vergangenen Jahre überboten, weil die Schnelligkeit und die Stärke der Motoren jeither bedeutend — bis 160 Pferdekrafte — gesteigert wurden. Bald wird man noch weitergehen.

Neukonstruktionen sah man bei der Flugwoche nicht. Der Schwingenflieger von Kornfahl lag am Vorbrand des Flugfeldes, ohne daß er sich in die Luft erheben hätte. So gab es wohl Fortschritte in den Leistungen für Schnelligkeit, Höhe und Belastung. Verbesserungen der Betriebsicherheit der Apparate und neue Formen ihrer Herstellung konnte man nicht beobachten. Und gerade in dieser Beziehung hat die Flugtechnik noch große Wünsche, von deren Erfüllung bereits die Verwendbarkeit der Flugmaschine für den allgemeinen Verkehr abhängt.

Die Höhe der Gewinnsummen der einzelnen Piloten stellt sich wie folgt: Perreyon 31 000 Kronen, Garros 18 900 Kronen, Zilner 18 500 Kronen, Sablatnigg 10 000 Kronen, Audemars 8500 Kronen, Chevillard 5500 Kronen, Bielowic 5200 Kronen, Bathiat 5000 Kronen, Hold 4500 Kronen, Teiard 4000 Kronen, Bregt 3500 Kronen, Stanger 1500 Kronen, Widmer 1500 Kronen, Molla 1200 Kronen, Kantiq 500 Kronen, Wms. Palliers erhielt zwei Damenprämien von zusammen 500 Kronen. —

Kleine Chronik.

Mit zwei Frauen und fünf Kindern geflüchtet.

Der 28 Jahre alte Schlosser Willi Jagnoth aus Neudöhl, der bei dem Arbeiter Karl Schaff dort in der Pflestraße wohnte, unterhielt mit der 36 Jahre alten Frau des Schaff ein Liebesverhältnis und kam schließlich mit der Frau überein, zu entfliehen. Frau Schaff steckte ihm zu diesem Zwecke zwei Sparbüchsen mit Mannes zu, auf die er 2060 Mark abhob. Die Duitung unterzeichnete er mit dem Namen des Arbeiters Schaff. Als er das Geld in der Tasche hatte, verließ er heimlich mit der Frau und ihren drei Kindern im Alter von 5, 9 und 13 Jahren die Wohnung. Auf die Flucht nahm er außerdem aber auch noch eine Schwester der Frau Schaff, eine Frau Gertr. S. aus Neudöhl, und deren beide Kinder im Alter von 8 und 13 Jahren mit. Es wird vermutet, daß Jagnoth sich mit den beiden Frauen und den fünf Kindern nach Amerika wenden will. —

Die ermordete Kellnerin.

Erst jetzt wurde in Nachen ein Mord bekannt, der bereits mehrere Tage zurüchliegt. Die stillenlose Bar-Kellnerin Maria Dedert aus Köln wurde in ihrer, im zweiten Stock des Hauses Peterstraße 6 gelegenen Wohnung ermordet aufgefunden. Die Leiche wies eine Schußwunde in der rechten Schläfe auf. Eine Schußwaffe wurde nicht gefunden, auch war die Wohnung verschlossen und der Schlüssel nicht auffindbar. Die Tat muß in der Nacht zum Sonnabend geschehen sein, da die Dedert zuletzt am Freitag abend gesehen worden ist. Als mutmaßlicher Täter kommt der Kellner Peter Schwarz in Nachen, ebenfalls zurzeit heilungslos, in Betracht. Schwarz ist von Hausbesitzern gesehen worden, als er verließ die Wohnung der D. verließ und von außen abschloß. Seitdem ist er verschwunden. Er hat seine Sachen verkauft und ist nach seinen Angaben nach England gefahren. —

Dem eignen Säugling Kopf und Beine abgehakt!

Eine auf dem Gute Großhauer im Herzogtum Gotha hejähigste polnische Arbeiterin nahm nach einem Streite mit ihrem Mann ihr sechs Wochen altes Kind, legte es auf den Hackflod und schlug ihm mit der Axt den Kopf und beide Beine ab. Sie beging den Mord zu der Zeit, als der von ihr mißhandelte Mann zum Gendarmen gegangen war. Die Mörderin wurde verhaftet. —

Arabische Kulis auf dem deutschen Dampfer.

Eine turbulente Szene spielte sich am Mittwoch abend an Bord des in Hamburger Hafen liegenden Dampfers „Comodore“ von der Ostafrika-Linie ab. 30 arabische Seeleute verweigerten plötzlich die Arbeit und stellten allerhand Forderungen, darunter auch die, sofort frei in die Heimat zurückkehren zu werden. Den Offizieren und dem Kapitän gelang es nicht, die Leute zur Arbeit zu bewegen. Im Gegenteil, als man mit Zwangsmitteln drohte, begannen die Araber zu rebellieren. Jetzt wurde die Polizei verständigt, die mit geschrittenen Beamten an Bord erschien. Diese brachte 30 tobende Araber nach heftigem Widerstand zur Sache. Dort wurde ein Dalmatier gefasst, dem es durch quärlisches Zureden gelang, die Leute zu bewegen, wieder an Bord zurückzukehren. Der Hauptrebell wurde aber in Haft behalten. Die Arbeiter wurden dann durch Polizisten an Bord gebracht und erklärten dort, die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen. Um weitere unliebsame Vorgänge zu verhindern, wurden mehrere Polizeibeamte an Bord gelassen. —

Kampf mit dem Bären.

Im Zoologischen Garten zu Eisenach entsprang ein großer Bär, als man ihn in einen Käfig stecken wollte, um ihn nach Ulm zu transportieren. Der Flüchtling stürzte in den Garten hinaus. Eine ungeheure Panik ergriff die Besucher des Zoologischen Gartens, bis ein Techniker eine Kante herbeiholte und auf das Tier schoß. Er schoß zweimal nach dem Bären und traf ihn am Rücken und an der Schnauze. Dann stürzten sich mehrere Männer auf den Bären. Mit großer Kraft warf sich das wütende Tier auf seine Gegner und brachte ihnen schwere Verletzungen bei. Es dauerte lange, bis der Bär überwältigt und in sein Gefängnis zurückgebracht werden konnte. —

Weibergiftung durch Kaffeewasser?

Die ärztlichen Kreise in Danabrid sind auf Grund der Analyse des für die Soldaten bestimmt gewesenen Kaffeewasser davon überzeugt, daß es sich bei den Massenerkrankungen im 78. Infanterie-Regiment um Weibergiftung handelt. Am Mittwoch waren weitere 50 Erkrankungen zu konstatieren. Von den bisherigen 350 Erkrankungen entfallen 290 auf das erste Bataillon und der Rest auf das zweite. —

Die Delikatessen des Landarbeiters.

Vor der ersten Strafkammer des Breslauer Landgerichts spielte sich dieser Tage ein Vorgang ab, der ein recht bezeichnendes Licht auf die Ernährungsverhältnisse der Landarbeiter wirft. Angeklagt war ein Tagelöhner aus der Umgegend Breslaus. Ihm wurde zur Last gelegt, das krepierende Pferd eines Besitzers, das schon einen halben Tag herumgelaufen hatte, für etwa 17 Mark gekauft, abgehäutet und das Fleisch für 20 Pfennig ausgegeschachtet zu haben. Der delikate Braten fand reifen Absatz im Dorfe. Wie einer der Zeugen bekundete, hatte ihm das Fleisch „mit Pfeffer gebraten“, großartig geschmeckt. Er hatte sich gleich 10 Pfund gekauft, denn „auf dem Lande ist man froh, wenn man so etwas kriegt“. — Ein Kreisarzt bekundete, daß er das Fleisch untersucht und einwandfrei befunden habe. Medizinalrat Dr. Martini als Sachverständiger betonte, daß im allgemeinen das Fleisch verendeter Tiere als bedenklich anzusehen sei. Ob es in diesem besondern Falle gesundheitsgefährlich war, konnte er nicht sagen. Der Staatsanwalt beantragte 2 Wochen Gefängnis für den Angeklagten. Das Gericht sprach ihn jedoch frei, weil ihm das Bewußtsein der Strafbarkeit gefehlt habe. —

Ein deutscher Spion in England verurteilt.

Der deutsche Zahnarzt William Mare stand vor den Geschwornen in Winchester unter der Anklage, sich ein geheimes Flottenbuch der Werft von Portsmouth beschafft zu haben. Der Angeklagte erklärte, daß er nicht schuldig sei. Er wurde jedoch für schuldig befunden und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. —

Brindejones Flug über die Ocker.

Der französische Flieger Brindejone, der Mittwoch früh 3 Uhr nach russischer Zeit in Neval zum Flug über das Baltische Meer aufgestiegen war, traf nach 2½ stündigem Flug über Stockholm ein, nahm bald darauf die Landung vor, die glatt konstatiert ging. Unterwegs hatte der Flieger in der Nähe von Stockholm bei Söder-tele eine Zwischenlandung vorgenommen, um sich über den Weg nach Stockholm zu erkundigen. Brindejone wird bis Freitag früh in Stockholm bleiben, worauf er den Flug direkt nach Kopenhagen fortsetzen wird. Er befand sich bei seiner Landung in vorzüglicher Verfassung. Er hat den Flug über das Baltische Meer ausgeführt, ohne daß ihm von irgendeiner Seite die gewünschten Torpedoboote, die von der russischen Regierung versprochen waren, tatsächlich zur Verfügung gestellt worden wären. —

Folgeschwere Getreide-Explosion.

In Buffalo fand in einem Elevator der Gustaf Milling Company eine Getreide-Explosion statt. Der ganze Elevator wurde in Brand gesetzt. Die meisten in dem Elevator beschäftigten Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. Die Todesopfer der Explosionskatastrophe werden nach den jüngsten Ermittlungen auf sechzig geschätzt. Sieben Leichen konnten bisher geborgen werden. Als Ursache der Explosion wird Selbstentzündung des Mehlstaubs angenommen. —

Die Heze im Vafosen.

In dem Dorfe Granilla unweit Florenz hat sich vor einigen Monaten ein Fall ereignet, der an die Zeiten des mittelalterlichen Hexenaberglaubens erinnert. Eine Bäuerin namens Faustina Bulli geriet dort wegen ihrer Häßlichkeit in den Verdacht, eine Heze zu sein. Als sich einmal zwischen ihr und der Bäuerin Maria Seci ein Streit entspann, sprach Faustina den Wunsch aus, ihre Gegnerin möge erblinden. Dieser Wunsch ging tatsächlich infolge eines Zufalls in Erfüllung, und jetzt unterlag es im Dorfe keinem Zweifel mehr, daß Faustina mit dem Teufel im Bunde sei. Pasquale Seci, der Gatte der Erblindeten, schleifte die vermeintliche Heze eines Tages vor seine Frau und verlangte drohend, daß sie sie wieder sehend mache. Faustina beteuerte, an dem Unglück keine Schuld zu haben und auch nicht imstande zu sein, der Erblindeten das Augenlicht zurückzugeben. Aber der Mann wollte diesen Versicherungen nicht glauben und rief drei Nachbarn herbei, die Faustina fesseln und in einen Vafosen stecken. Das Feuer hatte bereits die Schuhe der „Heze“ verbrannt, als die vier Männer durch das Erscheinen des Gemeindeführers gestört wurden, der Faustina aus ihrer schrecklichen Lage befreite. Ihre vier Feinde wurden den Behörden übergeben. Dieser Tage standen sie vor dem florentiner Strafrichter und wurden zu der verhältnismäßig milden Strafe von sechs Monaten Kerker verurteilt. Das Gericht hatte eine verminderte Zurechnungsfähigkeit angenommen und als Milderungsgrund gelten lassen. —

Puck
ist die neue
3 Pf 9
Qualitäts-
Cigarette

Jeden Tag eine andere

Knödel mit Rotti-Braten-, oder Kartoffeln mit Rotti-Gulasch-Sauce schmecken vortrefflich!

Alleinige Erfinder und Hersteller: Housseady & Schwarz, Rotti-Gesellschaft m. b. H., München.

Auch älteste Fabrik der echten, anerkannt ersten Rotti-Bouillon-Würfel, -Suppen-Würfel u. -Suppenwürze. 10erlei Würfel à 10 Pfg.

Auslieferungslager W. Burow, Beaumontstraße 25.

würzige, pikante Sauce und manchen Abend auch ohne Fleisch ein nahrhaftes, wohlschmeckendes Essen — dank der neu erfundenen, sofort fertigen

Überall erhältlich!

Sardellen-, Kapern-, Zwiebel-, Senf-, Meerrettich-, Gulasch-, Tomaten-, Madeira-, Pilz-, Braten-Sauce!

Rotti-Saucen

Mang neue Befreiungen erziehen. Bisher hat man die Probe vor
gelesen, weil sie durch Stroden eben rot wurden. Die Mater
müssen auf ihre Stilleben notwendigen rote Kreb- maian und
alters übrige nach diesem für das Stilleben mit eben einual
unentbehrlichen Merkmalen abstimmen. Und die Kunst sucht nach
neuen Abänderungen, nach neuen Wegen zur Befreiung. Das
Stilleben ist außer Wonne genommen; vielmehr aber wird es wieder
Wonne, wenn wir den Mater betrachten, daß man auch 61 au=
vielleicht Krebse erzeugen kann, wenn man dem Wasser, in dem
die Krebse leben, einige Tropfen alkalischer Substanzen zusetzt.
Wichtige Tropfen einer Eisenlösung aber genügen, um beim
Wachsen einen borbauerfarbenen Krebs zu erzeugen. So
haben sich noch mancherlei hübsche Formen hervorbringen, Farb-
abänderungen, die so recht zu manchen Betrachtungen unserer modernen
Wasser zu passen scheinen. Bei den Krebser ging es wie bei den
Gadanchelcimen: ihr Wasser ließ sich eben einfach nicht selbst
halten. Man muß aber sich wie in den Gland gefest, junge
Krebse zu erziehen. Bei diesen ist nämlich der Vitaminstoff
schwach noch nicht genügend ausgebildet und deshalb gehen sie
beim Wachsen in Wasser, dem einige Tropfen einer Eisenlösung
zugesetzt werden, seine Vorderausgabe. Nimmt man aber zum
Wachsen ganz reines destilliertes Wasser, so bleiben sie darin leb-
rel, während die älteren ein intensives Rot zeigen. —

Kunst und Literatur.

Breslauer Festspiel.
Viele prächtige Festspiele.
Wendener Mannesgesellschaft.
König der hohen Weibheit.
Sie so wenig festlich packt.
Strein Gebel nicht vor den Esel, glän,
Kommeln, die Spektakel machen,
Hochzeit kein Selbstentwurf
Wiß und paß! und bunt! bunt! bunt!
Wo nicht möglich: Kabare?
Was es richtig, daß man die
Wacht noch ganz besonders tief?
Als den guten Ebenen,
Der für allens helfen mag?

Und dann kam auch viel zu wenig
Kreidlich Wissen als ein Mann,
Der doch selbst den höchsten
Hut mit einem Zaunquadrat
In mein Wolf den Klugheit
Hochzeit sein Schlichte
Strein Gurea und Kollaboration.
Zapfenreich und Schmederengel
Sag mir, Hauptmann, guter Mensch,
Soll das auch noch bunter sein?
Peter Schmitt im "Simplizissimus".

Der Name Mephistopheles. Über die Herkunft des Namens
Mephistopheles sind die verschiedensten Hypothesen aufgestellt
worden, ohne daß doch bisher eine befriedigende Erklärung ge-
geben werden konnte. Goethe selber schrieb am 20. November
1827 an Keller: "Woher der Name Mephistopheles entstanden,
wichtig ist nicht direkt zu beantworten." Die einen meinen, es
handele sich um eine hebräisch-arabische Mischung, der Name
sei abkürzungsweise aus mephis (Verderber) und topheh (Lügner),
während die anderen ihn aus dem Griechischen: "das Licht oder
Kampf nach liebend" erklären wollten. Das ist dem aber doch zu
fiphothes", das i drang zuerst im Englischen ein, und setzte sich
in Deutschland durch das Volkstheater durch. Next versteht
neue Erklärung. Er läßt sich dabei auf das alte Testament,
Gen 2. Nach Samuels, Kapitel 1 vers 2, ist die Rede von Sauls
wird Mephistopheles, der Sohn ist. Genauso im 15. Kapitel vers 2
ist, ihn vertrat und zu Abaton übergeht, und auch diesen über
berät, indem er ihn veranlaßt, die Hebräer seines Waters
David zu beschlagen. Im Mittelalter war es durchaus an der
Lageoblyung, wenn man böse Geister benamen wollte, keine Ru-
st auf dem Geistesleben zu nehmen. So gerinnt die Vermutung
an Mephistopheles aufzunehmen sei. ... Goethe wählte die Name
Mephistopheles, weil die Länge der Muree im Verse die ver-
schieden ist. Dagegen konnte sich polsternd Schopenhauer in
seinem Stück "Mephistopheles" die Besetzung der deutschen Sprache:
"Das studium brevitatis geht so weit, daß sie dem Teufel den
Schwanz abschneiden, und hat Mephistopheles schreiben;
mephisto." —

Wetter.
In den letzten Monaten haben
manchmal zwei Stationen festgestellt, die von Berliner Brief-
Material und Preise anbelangt. Die erste hier ist, was
Es lagen in der Hauptstadt Marken der ehemaligen deutschen
Einheitsstaaten sowie deutsche Kolonialmarken zur Verfeinerung
aus. Unter den altdeutschen Marken nahm das größte Interesse die seit
langen Jahren schon immer an erster Stelle begehrte sächsische
rote Drei-Pfennig-Marke vom Jahre 1850 in Anspruch, die bis
auf 40 Mark getrieben wurde. Bergedorf 4. Erg. erzielte 368
Mark, und zwischen 50 und 100 Mark wurden sehr viele altdeutsche
Marken versteigert. 8. B. solche von Westfalen, Oldenburg,
Württemberg, Hannover, Lübeck. Auch deutsche Kolonialmarken
freigen immer noch in ihrer Beliebtheit, und dem entsprechen
die erzielten Preise. So ging eine Drei-Pfennig-Marke von
Deutsch-China vom Jahre 1898 für 80 Mark fort, ein Doppel-
aufdruck der deutschen Levante, 25 Mark, brachte sogar 50 Mark,
die provisorischen fünf-Pfennig-Marken von Sankt-Paul (Behn-
Kaffee-Marken mit einem entsprechenden Aufdruck) kamen in
ihren seltensten Typen auf 265 bzw. 285 Mark, während diese
Marken in ihrer häufigsten Sorte sonst für 6 bis 10 Mark zu
haben sind. Die in Teufeln während der Vorkriege durch Auf-
druck mittels Sandpapiers hergestellten Marken erzielten durch Auf-
druck die Preise; so kam die 50-Pfennig-Marke auf 470 Mark,
die zu 30 Pfennig auf 190 Mark. Was diese Markten schon inter-
essant, so hehrte sich das Interesse noch bedeutend bei der zweiten,
die im Mai stattfand. Auf dieser kamen auch zahlreiche gute, vor-
züglich erhaltene außereuropäische Marken zur Veranschaulichung,
welche enorme Preise erzielten. Als wertvollstes Stück kam eine
Marke zur Veranschaulichung, die dem Katalog nach nur in diesem
einen Stück bekannt ist. Es war eine Marke von Vitiich-Suwanara
vom Jahre 1876 zu 4 Cent; im Gegensatz Katalog wird diese
Marke mit 500 Mark bewertet, sie erzielte aber den einzig da-
stehenden Preis von 340 Mark! Auch Marken von Belgien, die
im Katalog lose mit 50 bis 70 Mark angegeigt werden, erzielten
auf Briefe Preise von mehr als 350 Mark, und ein anderes, sonst
5 Pfennig wert in einigen Studien auf ganzen Briefen vorhanden,
die für 720 mit 100 Mark fortgingen, ein Doppelstück kam auf
1450 Mark. Zwei seltene, seltene Marken zu 1 Schilling
von Westfalen-Stein erzielten 1661 Mark, Eisenbahn-Marken
bis 1100 Mark, brachten auch die ersten Marken der Schweizer
Kantone. Ferner erzielte ein sehr schön erhaltenes Doppelstück
von Würtemberg (70 Pfennig) den Preis von 495 Mark. Weapel,
Katal, Mauritius, Ostfriesland, Belgien und Buenos Aires in ihren
Seltensheiten erzielten Preise von 300 bis nahe an 2000 Mark. —

Humor und Satire.

Vermisch. Ein Kaufmann hat mit seinem Bierentanten eine
sehr erregte telefonische Auseinandersetzung, wobei er unter
wird. Nach der Erörterung fragt er weiter: — "Wo waren
wir doch gleich hingeblichen?" — "U u n p. hatten Sie zuerst
gefragt!" —
(Wega-Bl.)

Eingegangen. Herr (der einen Gesellschaftsabend gegeben):
"Oh, mit diesen Dilettanten da muß man, ...
guten Gesellschaftsabend, als einer fortging, ...
sah wieder etwas von sich hören lassen — da dacht er sich bei
der Tür um, geht zum Schalter und — singt noch fünf wieder!"
(L. H. H. H.)

Vorfassung eines Schwanzes. "Nedermann sollte von zwan-
tusen Waisige werden — dann hat ich der Publizität von selbst
uff und die lange Schwanzerei hat u Ende."
(Jugend.)

Der Angstkrampf. "Weiß Gott, ich bin oft genug in den
Stunden des Lebens trübselig, um nach Verlen zu suchen
— ich konnte immer nur die Säue finden, denen sie vorgeworfen
worden waren ..."
Die erste Enttäuschung. Freundin: "An dieser Konditorin
haben wir zwei Stunden gesehen und uns ewige Liebe und Treue
geschworen. Dann ist er fortgegangen, der dasische — und hat
nicht mal meinen Kaffee bezahlt!"
Eine "gute" Märed. Eine Dame, seit kurzem bewittwet,
empfangt den Besuch eines Freundes, der sehr erkrankt ist, sie
Harte freudig anguteifen. "Nieder, Gott," sagte er, "ich hatte
erwartet, Sie ganz gesund zu finden!" — "Oh!" sagte sie
patetisch, "da hätten Sie mich zu sehen lassen!"
Koschak. Ein junger Mann kam nach Paris. Er wollte es
"erleben". Zu Kurzeffen Schell sagte er: "Ich fürchte nichts. Ich
bin bereit zum Angriff. Mein Koffer ist voll von Ohrengel!"
"Gehiß Ihre Ersparnisse?" bemerkte der Chronist.
Druck und Verlag W. Paanck u. Co., verantwortlicher Redakteur
Emil Müller, familiär in Magdeburg.

Wochenbeilage zur Volksstamme

Nr. 148 Magdeburg, Freitag den 27. Juni 1913

In schlümmen Sänden.

Roman von Friedrich Schmitt. (29. Fortsetzung.)

Die Schwärze war gewohnt, das zu entbehren, sie lächelte
und lockte mit ihren Reizen; aber was sollte er in diesem
Zustande der Dürst beginnen? Am liebsten wäre er zu ihr
gekauft, sie hatte vielleicht Trost für ihn, es war vielleicht
nicht so schlimm; aber sie war ja in der andern Welt, in
die man bei Tage nicht hinein konnte. Er war von ihr
entfernt, er war allein mit seiner großen Dürst. Was
sollte er nur beginnen? Er mußte abwarten und den
kommenden Tagen mit Angst und Schrecken entgegensehen.
Er wollte zu ihr laufen und sie auf den Knien anrufen,
ihm an seine Menschenseele zu verraten. Aber konnte er je
wieder ruhig werden, wenn er in ihrer Hand blieb? Er
mußte alles tun, um sie in quäliger Ranne zu erhalten.
Sie mußte ja gut sein, wenn er sich nur gefügig zeigte.
Einen Augenblick durchstram ihm ein Gefühl der Ruhe. Sie
würde verschwiegen sein, wenn er ihr nur ordentlich und
vernünftig entgegenkäme. Wenn seine Frau sie dann aber
verzeigte? Seine Frau war ja in ihrer Kneigung so merk-
würdig offenberzig. Wenn sie auf diese Weise zornig würde,
konnte sie sich ja an ihm rächen. Es war gar nicht zu er-
messen, was für ein Meer von Schande dann über ihn her-
eimbreden konnte. Die Dürst erwachte mit neuer Kraft.
Er fürang sich vom Stuhl auf und raffte wie ein gefangenes
Tier in dem engen Zimmer umher. Was sollte er tun?
Was sollte er in Gottes Namen tun? Er wurde ja von
allen Kurren des bösen Gewissens gelagt. Auf einem Regal,
das bis zur Decke hinaufreichte, lagen Weinflaschen, die er
im Laden verkauft. Er zog eine Flasche Portwein heraus,
seine Hand zitterte unruhig, als er sie entwarfte, aber dann
goß er ein ganzes Maß Bier in ein feines Glas hinein.
Der starke Wein rann ihm wie Feuer durch die Adern; er
atmete auf, ihm wurde besser. Er sah die Erde in einem
viel zu trüben Licht. In der Stadt waren sicher mehr, die
in seiner Lage waren, aber niemals hat man auch nur einen
Laut davon gehört. Die unruhigdringliche Verlegenheit
der Schwärze war ja staubbeimut. Warum sollte er sich
äräumen, daß er einmal zugegriffen hatte, als ihm die Ge-
legenheit dazu geboten wurde? Die Bier wurde in ihm
regte, die unruhigdringliche Verlegenheit, der auf die
Freuden der Welt einen geradezu gefährlichen Appetit hatte.
Sein Auge funkelte unbesiegt und hungrig, als er sich
die Situation von gestern noch einmal überlegte. Sie war
ein süßes, ködnes Weis gewesen, als sie sich vor ihm ent-
blökte; sie war nicht bange, das war sie wahrhaftig nicht.
Er mußte doch etwas geworden sein, daß sie sich mit ihm
einschließen wollte. Nun, so hat er auch einmal genossen, er
hatte in der Jugend genug gebungert. Er schlug mit der
Faust auf den Tisch und ging mit enttäuschten Schritten
durchs Zimmer. Nun könnte noch ein Glas Portwein, dann
würde er in der Nacht hinein.
"Guten Morgen," grüßte er aufgeräumt, dann trällerte
er ein paarmal durch den Laden, ohne sich etwas Bestimmtes
traulich.

vorzunehmen. "Der kann leicht lustig sein," dachte der alte
Kommiss, der von seiner Arbeit kaum aufgeblüht hatte.
Der Kommiss war viel älter als Carlsein. Er war
bereits Handlungsgeselle geworden, als Carlsein mit glühenden
Augen und großen, abfingenden Ohren vom Lande herein-
kam. Er hatte kein Geld gehabt, aber das hatte Carlsein
auch nicht. Carlsein aber hatte trotzdem ein Geschäft be-
kommen, während er ewig bei fremden Leuten hinter dem
Ladentisch stehen mußte. War Carlsein nun tüchtiger als
er? Mein Gott, er war ja überhaupt erst in den letzten
Jahren zu einem Menschen geworden! Es hatte ja nie-
mand davon gedacht, daß er auch nur einen brauchbaren
Handlungsgehilfen abgeben würde. Aber die kleine Frau
hatte alles möglich gemacht. Sie hatte die Leute zusammen-
getrommelt, die ihm den Kredit gegeben hatten, sie hatte
in den Anfängen des Geschäftes die Kunden zusammen-
getrommelt, sie hatte an ihm persönlich gearbeitet, bis er
sich vor den Leuten sehen lassen konnte; es war kein Kunst-
stück, auf den Weg zur Wohlhabenheit zu gelangen, wenn
man eine solche Frau fand. Septimus Müller nickte, was
er sagte. Carlsein hatte eine Schwelmegeil gebahrt.
"Guten Morgen!" Die lange Marie kam mit einem
unberföhrenen Grinsen herein.
Carlsein beugte sich tief hinter den Ladentisch; es lagen
da Bindfadenreste auf der Erde, die er durcheaus entfernen
wollte.
"Guten Morgen!" Der Kommiss war nicht wenig er-
staunt. Die Engelbrechts galten als sehr gute Kunden;
aber zu ihnen waren sie noch nie gekommen. Sie ließen
viel anstreben, aber schließlich hatten sie noch immer ge-
zahlt. Geld hatte die Sorte ja und durch den Schluß
ging alles.
"Was wünschen Sie?" Das Erstaunen war noch immer
in der Stimme.
Marie wollte ihm zeigen, aber einen guten.
Er nannte ihr die verschiedenen Preislagen.
Marie schnitt eine unzufriedene Grimasse.
"Ja, andere haben wir leider nicht." Der Kommiss
ürgerte sich, daß dieses Fremdenzimmer so hohe Ansprüche
stellte.
"Wir haben ja noch den Maschinenraum im Keller," mischte
sich Carlsein in das Gespräch.
"Die besten Sorten können wir nicht in einem offenen
Kasse führen; sie werden nicht genug verlangt."
Marie begriff; sie wollte den Maschinenraum haben.
"Sollen Sie dem Bräutlein die verschiedenen Sorten her-
auf!" sagte Carlsein.
Der Kommiss ging; im Stillen aber schüttelte er den
Kopf. Wenn Carlsein Geld verdienen konnte, nannte er die
lange Marie Bräutlein. In diesem Punkte war er ihm nun
doch überlegen.
"Hier," sagte Marie, als sich die Tür hinter dem
Kommiss geschlossen hatte, und reichte Carlsein einen ab-
gerissenen Beutel hinüber.
Carlsein war verwirrt.
"Stehen Sie ihn ein," flüsterte sie schnell und be-
traulich.

